JÜDISCHE WOCHENSCHAU

PUEYRREDON 2190 — 1º izq.

La Semana Israelita

83 - 2613 T. E.

Año XXVII. BUENOS AIRES, VIERNES 21 DE ENERO DE 1966 Nº 2152

Sie koennen nicht zahlen

von JEHUDA GOTTHEIMER

I.

Grosse Aufregung

Der Deutsche Bundestag hat am 9. Dezember 1965 das Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushalts-Sicherungsgesetz) beschlossen, das inzwischen vom Bundestag bestätigt und vom Bundespräsidenten verkündet worden ist, also Gesetzeskraft erlangt hat. Abgesehen davon, dass es mit Windeseile durch alle verfassungsmässigen Körperschaften getrieben worden ist — ganz im Gegensatz zum sogenannten Entschädigungsschlussgesetz —, dürfte dieses „Gesetzeswerk" ein Unikum darstellen, weil es mit einem Federstrich einseitig Berechtigungen aufhebt oder begrenzt, die aufgrund anderer Gesetze desselben Gesetzgebers begründet worden sind. Dass dieses Haushaltssicherungsgesetz entweder in allen oder einigen seiner Teile gegen die Verfassung verstösst, dürfte demnächst wohl einer genaueren Prüfung unterzogen werden, da damit gerechnet werden muss, dass sich der Bundesverfassungsgerichtshof mit dieser Frage zu beschäftigen haben wird. —

Das Gesetz hat in weiten Kreisen erhebliches Aufsehen erregt und wurde zum Gegenstand heftiger Proteste Im Rahmen dieses Gesetzes werden u. a. auch die Berechtigungen der Opfer des nationalsozialistischen Unrechts aufs schwerste betroffen (Artikel 17), denen man vor wenigen Monaten erst durch das Schlussgesetz einige, wenn auch geringfügige Verbesserungen zugestanden hatte. Diese bestehen nun de lege, aber in der Praxis werden sie — wenigstens jetzt — nicht realisiert, da das Haushaltssicherungsgesetz die Zahlungen auf ein bis zwei Jahre hinausschiebt.

Sicherlich dürfte die Frage nicht ganz unberechtigt sein, aus welchem Grunde eigentlich erst das Schlussgesetz neue Hoffnungen eröffnete, die dann durch das Haushaltssicherungsgesetz wieder hinausgezögert, wenn nicht illusorisch gemacht worden sind. Die in den Kreisen der Betroffenen entstandene Verbitterung und Erregung ist aus vielen Gründen verständlich und begründet.

II.

Was andere sagen

Das Haushaltssicherungsgesetz (jetzt immer HHSG abgekürzt) hat Proteste hervorgerufen, die von manchen, meist oppositionellen Zeitungen verbreitet worden sind. Da ist die Frage aufgeworfen, ob der Leser eigentlich gewusst habe, dass die früheren „Askaris" Kaiser Wilhelms in Kamerun und Togo durch Bonn in den letzten Jahren bemerkenswerte Lohnerhöhungen erhalten haben, oder ob es dem Leser bekannt sei, dass der Verfassungsschutz einen enormen Verbrauch an Bettvorlegern im letzten Jahr gehabt habe. Diese und andere ‚Neuigkeiten' seien aus dem 2.946 Seiten starken Buch ersichtlich, das in Goldprägung den Titel trägt „Bundeshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1965". —

In diesem Buch also ist im Haushalt 0502 des Bundesaussenministeriums unter dem Titel 963 von „Zuwendungen an ehemalige Bedienstete des Deutschen Reiches in Kamerun und Togo" die Rede, die 1965 eine Million DM gegenüber 550.000 im Jahre 1964 und 363.000 DM im Jahre 1963 erhalten haben. Kriegsopfer vermerkt die Zeitung könnten auch nicht annähernd mit einer solchen Steigerung rechnen, von den Opfern der NS-Verfolgung wird garnicht gesprochen; deren Berechtigungen werden dadurch geschmälert, dass man die Auszahlung der zustehenden Beträge einseitig auf längere Zeit vertagt, und zwar für Ansprüche, deren Ursachen mehr als 25, wenn nicht 30 Jahre zurückliegen...

Die weiteren dort aufgeführten „Kuriosa" wollen wir uns hier ersparen, obwohl sie lehrreich sind und Veranlassung zu eigenen Rückschlüssen bieten würden.

III.

Ein altes Argument

Die Notwendigkeit der Sicherung des Haushaltes eines Landes ist nicht zu bestreiten, aber auch nicht zu diskutieren. Die Frage ist nur, an welcher Stelle Ersparnisse gemacht werden müssen und können. Zur Begründung des gegen das Grundgesetz verstossenden Artikels 17 wird geltend gemacht — (vgl. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, den 17. Dezember 1965, Nr. 197) —, dass die für die Wiedergutmachungsleistungen erforderlichen Beträge weit jeden Kostenvoranschlag übersteigen. Selbst die Verfolgten und ihre Organisationen hätten niemals mit derartigen Summen gerechnet, wie sie dann ausgezahlt worden sind und inzwischen fällig wurden.

Man kann es dahingestellt sein lassen, ob es zutrifft, dass vor dem Inkrafttreten des SchlussG. das alte Gesetz zu 90 Prozent abgewickelt war, was wohl mit Recht bezweifelt werden muss. Denn alle deutschen Gerichte sind mit Prozessen gegen ablehnende oder nicht zufriedenstellende Entscheidungen der Entschädigungsämter überlastet, sodass die Anberaumung von Verhandlungsterminen heute in der überwiegenden Anzahl aller Fälle mehr als neun Monate dauert, bei Oberlandesgerichten auch weit mehr als ein Jahr (!)

Es wird zugegeben, dass die Leistungen, die vom Bund und den einzelnen Ländern gemacht werden mussten, in den letzten beiden Jahren bereits zurückgegangen sind. Nach Paragraph 172 des BEG werden nämlich die finanziellen Lasten für die Entschädigung grundsätzlich zwischen der Bundesrepublik und den Bundesländern zur Hälfte aufgeteilt, doch ergibt sich durch die Sonderregelung für Berlin eine Belastungsquote von 55 Prozent für den Bund und 45 Prozent für die Länder.

Durch die behauptete Abwicklung der Entschädigungsansprüche nach dem alten BEG von 1956 von über 90 Prozent seien, wie im zitierten Bulletin zugegeben wird, die Leistungen seit 1964 ständig zurückgegangen. Im Jahr 1964 seien noch 1,8 Milliarden DM ausgegeben worden, im Jahre 1965 ohne das Schluss-Gesetz wären es etwa 1,6 Milliarden gewesen.

Alle Parteien waren sich bei der langen, in manchen Phasen, besonders während der Schlussitzung pathetischen Debatte im Bundestag darüber einig, dass die Entschädigungs - Gesetzgebung unvollkommen sei und keinesfalls allen berechtigten Forderungen der Verfolgten gerecht werden könne. Die Gesetzgeber waren sich also darüber im Klaren, dass sie nichts schenken, sondern durch das SchlussG wenigstens die dringendsten Forderungen, die bisher unberücksichtigt waren, erfüllen müssten. Dass dies mit höheren etatlichen Aufwendungen verbunden ist, haben alle gewusst. Niemand hegte hieran einen Zweifel. Im Gegenteil, der Finanzminister wurde nicht müde, immer wieder den Gesichtspunkt hervorzuheben, dass höhere Verpflichtungen nicht übernommen werden können.

Die Berechtigung dieses Einwandes ist, u. a. auch an dieser Stelle, in Zweifel gezogen worden. Denn die Höhe einer Verpflichtung wird nicht durch die Zahlungsmöglichkeiten bestimmt. — Rechtsansprüche werden nicht ausgeschlossen, weil der Schuldner nicht zahlen will oder zahlen kann.

Vor allem aber kann sich niemand darauf berufen, dass die bereits erfolgten Zahlungen umfangreicher sind, als man geplant oder vermutet hat. Die Deutschen selbst können aus diesen Ziffern nur den Umfang der von ihnen oder — wenn man es umschreiben will, — von den Nazis begangenen Verbrechen ersehen. Der Raub war tatsächlich viel höher, da nicht bestritten wird, dass nur ein Teil des angetanen Unrechts entschädigt wird, wobei auf die Raub- und Plünderungsfeldzüge gegen die Juden in den Ostländern hingewiesen sei, die über-

Schluss auf Seite 2)

Jüdische Solidaritaet in Río

Río de Janeiro. — Jüdische Organisationen, vermögende Juden und von Juden geleitete Firmen zeichnen sich bei den Hilfsaktionen aus, die zugunsten der 40.000 Obdachlosen oder sonstwie durch die Unwetterkatastrophe in Río de Janeiro Geschädigten durchgeführt werden.

Hilfe während des schrecklichen Naturereignisses leisteten die Jüdischen Pionier-Frauen, der Klub Hebraica, die Synagoge der zentraleuropäischen Juden, das Jüdische Krankenhaus und mehrere jüdische Schulen. Der von Juden geleitete Verlag Bloch kündigte an, dass er zumindest die Kosten von fünf für diejenigen bestimmten Unterkünfte zu übernehmen bereit sei, die ihre Wohnungen verloren haben, und andere jüdische Unternehmen werden sich an den Aufbauarbeiten beteiligen. Jüdischen Aerzten und Frauenorganisationen sowie anderen jüdischen Institutionen wurde Dank für ihre Hilfe ausgesprochen. (ITA)

Vertrauensvotum für Eshkol

Jersalem. — Mit 71 gegen 41 Stimmen sprach die Knesset der von Levi Eshkol gebildeten neuen Regierung ihr Vertrauen aus.

In seiner Rede, mit der der Ministerpräsident seine Regierung im Parlament vorstellte, wies er darauf hin, dass Israel seine Militärmacht stärken muss, solange die arabischen Länder ihre Rüstungen steigern. „Ein starkes Israel", fügte er hinzu, „ist die Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens in unserer Region."

„Die Stunde ist gekommen", führte Eshkol aus, „in der die arabischen Staatsmänner die Dinge realistisch betrachten und von ihrer Absicht lassen müssen, die Landkarte des Vorderostens zu korigieren, indem sie der Illusion entsagen müssen, dass Israels Existenz ignoriert werden kann."

Eshkol hatte an erster Stelle seiner Rede der Befriedigung über die positiven Ergebnisse der Konferenz von Taschkent Ausdruck verliehen und sein „tiefes Mitgefühl für Indiens Regierung und Volk am Tode Shastris ausgesprochen, gerade als dieser sich bemühte, zu einer friedlichen Lösung des Konflikts mit Pakistan zu gelangen".

Zu den internen Angelegenheiten erklärte Eshkol, dass der Status que in den religiösen Fragen gewahrt werden solle und in ökonomischer Hinsicht geplant sei, dass die Regierung die privaten und ausländischen Kapitalsanlagen begünstigen wird.

Hinsichtlich Israels Aussenpolitik empfahl Eshkol engere Beziehungen mit Sowjetrussland und fügte hinzu, dass die Aussichten für den Frieden und die Stabilität zunehmen würden, wenn die Westmächte und die Sowjetunion zu einer Einigung über eine Politik gelangen könnten, die die Unabhängigkeit und Integrität aller Staaten im Mittelosten gewährleistet.

ZIELE DER NEUEN REGIERUNG

„Von den Grossmächten Waffen für die Verteidigung Israels zu erhalten, ist das vordringlichste aussenpolitische Ziel der neuen israelischen Regierung", hob Levi Eshkol hervor. „Unser Streben geht weiter dahin, die Beziehungen mit der Sowjetunion und dem europäischen Osten zu verbessern, ohne die mit Bonn aufgenommenen Beziehungen zu verschlechtern, die von Bourguiba empfohlenen Tendenzen zugunsten der Koexistenz mit den arabischen Ländern zu ermuntern, sowie die guten Beziehungen zwischen der jüdischen Majorität und der arabischen Minderheit in Israel zu fördern."

Nach den Worten Eshkols über den Rüstungswettlauf im Mittelosten bestand sowohl bei den Westmächten als auch bei der Sowjetunion ein Interesse, diesen erneut anzufachen. Daher bleibt Israel nach Ansicht des Ministerpräsidenten nichts anderes übrig, als bis zum Abschluss eines Abkommens über Abrüstung zwischen den betreffenden Regierungen die Waffen zu kaufen, die für das Land eine Wahrung des Friedens darstellen, wobei allerdings die beschränkten ökonomischen Mittel in Betracht gezogen werden müssten.

Ausser der Verbesserung der Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel wird es Aufgabe der Innenpolitik sein, wie Eshkol ausführte, die bei den kürzlichen Streiks zu Tage getretene soziale Agitation aufzuhalten. Da jedoch Eshkol eine Politik der Einsparungen in Vorschlag bringt, so scheint dies nicht dazu angetan, die augenblicklichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, worauf die Beobachter hinweisen.

NS-Offizier arrestiert

von HORST WINCKLER

Die Verhaftung des SS-Offiziers, der auch für die Ermordung der jungen Jüdin Anne Frank verantwortlich sein soll, hat allgemeine Aufmerksamkeit in der Welt erregt. Der Fall der Anne Frank, der gewiss kein Einzelfall ist, hat den „sentimentalen" Teil der jüdische Tragödie unter der Herrschaft der Nazis einer abgestumpften Menschheit nähergebracht, die für Massenelend, Massennot und Massenmorde nicht das erforderliche Verständnis aufzubringen bereit war, wohl aber am Einzelschicksal teilzunehmen gewillt ist. So ist das Theaterstück „Anne Frank" in viele Sprachen übersetzt worden und hat das jüdische Unglück im Zweiten Weltkrieg durch die künstlerische Darstellung des illegalen Lebens einer jüdischen Familie in Holland interpretiert. Wahrscheinlich war es kein Zufall, dass gerade diese Anne Frank die deutsche Jugend aufs stärkste bewegt hat, und dass ihr Schicksal und Leben zu einer moralischen Besinnung unter der heranwachsenden Generation führte, die in einem bestimmten Stadium der Entwicklung in der Deutschen Bundesrepublik kein Verständnis für das verbrecherische Verhalten jener Generation aufbringen konnte, die für den Naziterror verantwortlich war.

Alle diese Betrachtungen werden mit der Verhaftung des SS-Offiziers und seiner Komplizen aktualisiert, der für die antijüdischen Aktionen in Holland verantwortlich gemacht wird. Noch einmal wird das traurige Los der holländischen Juden aufgewühlt und in den Mittelpunkt der Erinnerungen gestellt werden, jenes Schicksal der Verfolgten, die durch die brutalen deutschen Eroberer aus einem Leben der Gleichberechtigung und der Freiheit in tiefste Versklavung, in Stacheldrahtlager und in den Tod gestossen worden sind. Gewiss wird, falls es zum Prozess kommen sollte, die Rolle all der Helfershelfer noch einmal erörtert werden, die seinerzeit dabei mitwirkten, dass einige Nazifanatiker die uneingeschränkten Herren über Leben und Sterben einer blühenden jüdischen Gemeinschaft werden konnten.

Der Moerder der Anne Frank

München. — Der Nazigeneral, der für den Tod Anne Franks verantwortlich, ist verhaftet worden und soll nach Mitteilung des Justizministeriums wegen Massenmord abgeurteilt werden. Der ministerielle Sprecher fügte hinzu, dass der 62jährige ehemalige Generalmajor Wilhelm Harster den Auftrag zur Aktion gegen die Juden in Holland erteilte, in deren Verlauf auch Anne Frank aufgespürt und nach Bergen-Belsen in den Tod geschickt wurde.

Staatsanwalt Benedikt Huber erklärte: „Harster trägt die Schuld am Tode der Anne Frank."

Festgenommen wurden ferner zwei Adjutanten Harsters. Es handelt sich um die 63jährige Frau Gertrud Slottke, die nach Aussagen der Staatsanwaltschaft eine Art von „Sekretärin des Todes" war, und einen anderen ebenfalls in der Juden-Abteilung in Holland während des Krieges beamteten Nazi, dessen Namen Zöpf ist.

Harster war von 1940 bis 1943 Leiter der Sicherheitspolizei und Chef der Nazispionage in Holland. Er ist der Mittäterschaft in 83.000 Mordfällen und des versuchten Mordes in weiteren 317 Fällen angeklagt. Die Anklage gegen die Zlottke lautet auf Beihilfe bei 93.328 Morden, die Anklage gegen Zöpf auf Beihilfe bei 94.28 Morden. Die Verhaftung der drei NS-Verbrecher erfolgte nach jahrelangen Untersuchungen, die von den zuständigen Behörden in Westdeutschland und Holland geführt worden sind.

Harster, der nach Beendigung seiner Tätigkeit in Holland für Adolf Eichmann in der italienischen Stadt Verona gearbeitet hatte, sass nach dem Kriege eine 6jährige Gefängnisstrafe in Holland ab. Als er im Jahre 1953 entlassen wurde, kehrte er nach Deutschland zurück und wurde von der bayerischen Regierung als Finanzberater angestellt. Im Jahre 1962 wurde allerdings die Nachprüfung seiner Vergangenheit eingeleitet.

DAS NEUE KABINETT

Jerusalem. — Israels neues Kabinett hielt seine erste Sitzung ab und approbierte die Ernennung von Vizeministern, die der Bestätigung durch die Knesset nicht bedürfen.

Aharon Jadlin und Rabbi Kalman Kahana wurden zu Vizeministern für Erziehung und Kultur und Dr. I. S. Ben Meir zum Vizeminister für Inneres wiederernannt. Neue Vizeminister sind Jehuda Shaari (Unabhängige Liberale) für das Entwicklungs-Ministerium, Dr Z Dinstein (Mapai - Achdut Awoda) für das Verteidigungs - Ministerium und Aharon Uzen für das Akkerbauministerium. (ITA)

Sie koennen nicht zahlen

(Schluss von Seite 1)

haupt nichts oder nur geringfügige Beträge für den ihnen zugefügten Berufs- und Sachschaden (Vermögensschaden) erhalten.

IV.

Unwürdige Einwendungen

Nach der offiziellen Version teilen sich die rechtlichen Einwendungen gegen Artikel 17 (des HHSG) in zwei Gruppen: „Man behauptet einerseits, Artikel 17 verstosse gegen das Grundgesetz, weil er in bestehende Rechte eingreife und den Gleichheitsgrundatz verletze. Andrerseits wird eine Verletzung bindender vertraglicher Abmachungen gerügt". — Beide Einwendungen seien aber bei rechtlicher Nachprüfung nicht haltbar, und zwar aus folgenden Gründen:

„Artikel 14 des Grundgesetzes gewährleistet zwar das Eigentum, aber nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtshofes geniessen öffentlich-rechtliche Ansprüche — wie es die Ansprüche nach dem BEG sind, — grundsätzlich keinen Eigentumsschutz".

Dieser Grundsatz müsse insbesondere dann gelten, wenn die Ansprüche als solche garnicht angetastet werden, sondern nur eine bestimmte Zahlungsmodalität gesetzlich vorgeschrieben werde.

Dass die Ansprüche nicht angetastet werden, die soeben vom Bundestag durch das SchlussG. oder die vorangegangenen Entschädigungsgesetze begründet werden sind, wirkt als Argument oder als Entschuldigung grotesk. Derartige Einwendungen sind unwürdig. Wenn die Abgeordneten oder sonstigen Gesetzgeber, die ausführenden Beamten und ihre Kommentatoren hierfür kein Gefühl haben, ist das bedauerlich. Geht man den Gedanken nach, die dieser Argumentation zugrundeliegen, so wird man mit Entsetzen feststellen müssen, dass hier ein völliger Mangel an rechtsstaatlichem Denken vorliegt. Ebenso wenig wie ein Delinquent sich darauf berufen kann, er habe nur den halben Betrag, der sich in der Kasse befand, weggenommen, kann ein Staat seine Verpflichtungen durch ein Taschenspielerkunststück einengen.

Am 14. September 1965 ist das Schlussgesetz in Kraft getreten. Nur zwei Monate später werden die durch das Gesetz endlich zugestandenen Rechte eingeengt, für viele illusorisch gemacht, in jedem Fall aber teilweise aufgehoben. Denn was bedeutet ein Recht, das ein Opfer der Verfolgungen nicht realisieren kann? Der Berechtigte kann ein oder zwei Jahre guter Hoffnung sein, vielleicht dann in den Besitz des Entschädigungsbetrages für ein Unrecht zu gelangen, das ihm Jahrzehnte zuvor angetan worden ist. Das ist eines Staates würdig, der nicht müde wird, seinen demokratischen Charakter zu betonen, auf seine angebliche Rechtsstaatlichkeit hinzuweisen und sich von seiner Unrechts-Vergangenheit zu distanzieren?

V.

Art. 3 nicht verletzt?

Noch finsterer ist die Beweisführung für die Behauptung, dass der Artikel 3 des Grundgesetzes nicht verletzt sei, der den Gleichheitsgrundsatz aufstellt. „Mit Ausnahme der laufenden Rentenansprüche, die dem Lebensunterhalt dienen, und der Heilverfahrenskosten, die gesundheitlichen Zwecken dienen, sollen alle Ansprüche von der zeitlichen Hinausschiebung betroffen werden... Auf keinen Fall werden im Rahmen des Art. 17 des HHSG gleiche Tatbestände ungleich behandelt".

Bei dieser Formulierung handelt es sich keinesfalls nur um eine gedankliche Fehlleistung, die bemerkenswert ist, sondern um einen Mangel an anständiger Gesinnung. In diesem Sinne haben auch die Nazis den Gleichheitsgrundsatz beachtet, indem sie alle Juden ausnahmslos ausgeplündert und ihnen alles gestohlen haben!

Um unnötige Schärfen zu vermeiden, soll auf diesen Punkt hier und jetzt nicht näher eingegangen werden.

VI.

Jahrelanges Warten

Die Hinauszögerung der Zahlungen für längst fällige Verpflichtungen ist die Methode schlechter Schuldner. Ganz abgesehen davon, dass nach solchen Erfahrungen niemand die Gewissheit hat, die Verbindlichkeiten werden dann wenigstens nach einem oder zwei Jahren eingelöst werden, ist die Methode eines einseitig verkündeten Zahlungsaufschubes verwerflich. Man kann sich mit dem Vergleich eines selbst bewilligten Moratoriums nicht entziehen. Wenn diese Methode „rechtsstaatlich" ist und von anderen einseitig befolgt wird, ist damit jeder Rechtssicherheit der Boden entzogen.

Die Wiedergutmachung präsentiert sich jetzt eindeutig in folgender Form: Die Erben, Nachfolger oder Landsleute derjenigen, die das ungeheuerliche Verbrechen an den Juden vollzogen haben, bestimmen einseitig die Tatbestände, für die sie gnädigst bereit sind, Entschädigung oder Wiedergutmachung zu leisten. Sie entscheiden über die Berechtigung der Ansprüche, wobei der Verfolgte nur den Antrag stellen und die oftmals willkürlich verlangten Beweise beibringen darf. Die Interpretation der Bestimmungen ist wiederum ein dem Verfolger oder dessen Nachfolgern zustehendes Recht. Dann entscheiden Gerichte, ob und was gezahlt wird. Und wenn schliesslich der Anspruch festgestellt wird, kann der Gesetzgeber wiederum einseitig den Termin seiner Auszahlung festsiegen.

Der Verfolgte hat nur das Recht, etwas fordern zu dürfen. Alles andere liegt in den Händen derjenigen, die sich dagegen sträuben, als die Erben der Verfolger bezeichnet zu werden, aber die sich doch immerhin moralisch verpflichtet fühlten, die Wiedergutmachungs - Gesetzgebung zu erlassen.

Ist es wahr, was viele behaupten, dass die Verschleppung der Befriedigung entschädigungsrechtlicher Ansprüche zweckgebunden ist? Wird darauf gewartet, dass möglichst viele Berechtigte wegsterben? Ist es nicht ein Hohn, dass die Bundesrepublik und die Länder behaupten, sie können nicht zahlen?

VII.

Rechtlos?

Dass die Frage der Wiedergutmachung des nationalsozialistischen Unrechts nicht nur eine Frage des Rechtes, sondern auch eine politische Angelegenheit für die Bundesrepublik war, ist noch nicht bestritten worden. Auch damit muss man in Zukunft rechnen. Heute lebt doch noch Altbundeskanzler Adenauer, der sich hierzu wohl am besten äussern könnte. Aber auch alle anderen wissen, dass dies das Entréebillet für die Bundesdeutschen für ihre Wiederaufnahme in die Völkerfamilie, wenigstens in die westliche, gewesen ist. Vielleicht erinnert man sich auch daran, dass und welche Beträge den Deutschen von den Amerikanern gegeben wurden, auch dafür, die Entschädigungsleistungen aufnehmen zu können.

Man soll nicht annehmen, dass das jüdische Volk rechtlos ist. Man soll nicht übersehen, dass auch für die Juden Möglichkeiten politischer Aktionen gegeben sind, die sich über formale Proteste hinaus erstrecken. Die Bundesrepublik sollte es sich deswegen durchaus noch einmal überlegen, ob das einseitig verhängte Moratorium der richtige Weg ist, sich Freunde in der Welt zu schaffen, Vertrauen im Ausland zu gewinnen und den Glauben in ein neues Deutschland zu stärken. Niemand ist so unabhängig, dass er ohne die Mitwelt leben kann, auch die Bundesrepublik nicht.

Bei diesen Auseinandersetzungen, die den Juden aufgezwungen worden sind, geht es aber nicht nur um materielle Fragen der Zahlungen eingegangener Verpflichtungen. Es geht um Recht und Rechtssicherheit, es geht um die Frage, ob der Stärkere willkürlich machen oder unterlassen kann, was ihm zweckmässig erscheint, es geht um Wiedergutmachung schändlichen Unrechts. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass hier bewusst dem alten Unrecht neues hinzugefügt wird.

Die Deutschen sagen, sie **können** nicht zahlen! — Die Welt weiss bereits, sie **wollen** nicht zahlen!

Atomenergie und Frieden

London. — Ueber Israels Politik, in seinem eigenen Land und im Mittelostraum die Entwicklung der Atomenergie zu fördern, gab hier General Jigal Alon, der israelische Arbeitsminister, bereitwillig Aufschluss. Auf dem jährlichen Bankett der Britischen Gesellschaft für das Technion, wies der Minister auf die Notwendigkeit für Israel hin, zum Wohl seiner sich vermehrenden Bevölkerung, die im Jahre 1970 wahrscheinlich auf 3 Millionen und bis zur Jahrhundertwende auf 7 Millionen anwachsen dürfte, die wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften auszubauen. Um Israels Reichtum an Menschen und Bodenschätzen auszuwerten, ist seiner Aussage nach „die Anwendung der Atomenergie" ein Gebot.

„Ich weiss", führte Minister Alon aus „dass unser Bestreben, die Atomenergie für friedliche Zwecke auszunützen, nicht nur von unseren Feinden sondern manches Mal auch von unseren Freunden mit Misstrauen betrachtet wird. Israel wird nicht das erste Land sein, das Atomwaffen im Mittleren Osten einführt. Ich möchte hinzufügen, dass Israel es keinem seiner Nachbarn erlauben wird, diesen zerstörenden Wettlauf zu starten. Israels Politik verfolgt nicht nur weiter das Ziel, die Atomwaffen aus dem Mittelosten fernzuhalten, sondern es will aus der Region auch die konventionellen Angriffswaffen verbannt wissen. Israel will das Niveau der Rüstungen mit konventionellen Waffen auf beiden Seiten senken."

Zu den Behauptungen der Aegypter, dass die Bewaffnung ihres Landes nicht zum Zweck eines Angriffs gegen Israel sondern für die Verteidigung gegen die israelische Aggressivität notwendig sei, äusserte General Alon: „Wenn die Aegypter wirklich Interesse hegen, den Krieg zu vermeiden, so müsste es möglich sein, zu irgendeinem gegenseitigen Einvernehmen zu gelangen, und sei es auch nicht über einen Frieden, so doch zumindest über die Umwandlung des Waffenstillstandsabkommens in einen Nichtangriffspakt, der möglicherweise wirksame Garantien gegen Ueberraschungsangriffe einschliessen würde." (ITA)

LA SEMANA ISRAELITA
Semanario — aparece los Viernes.
Editado por Estrellas Editorial Ltda.
Director:
Arnoldo W. B. Swarsensky
Pueyrredón 2190, 1º izq.
T.E. 83-2613

Abono-Preise Argentinien:
$ 700.— pro Jahr
Ausl. $ 1.000.— jährl.

Ausgewiesen

Estambul. — 34 griechische Staatsbürger, darunter 24 Juden, wurden von den türkischen Polizeibehörden des Landes verwiesen. Sie mussten die Türkei binnen weniger Stunden verlassen und dürfen nicht mehr zurückkehren. Ein Grund für diese Massnahme wurde nicht mitgeteilt.

Neue Lehrmethoden

Jerusalem. — Die Erziehungs-Abteilung der Jewish Agency hatte 140 israelische Lehrer zu einer Studienreise ins Ausland geschickt, die nach ihrer Rückkehr über ihre Erfahrungen berichteten und Reformvorschläge zur Modernisierung des Schulunterrichts in Israel machten. (ITA)

ENFERMEDADES DE LOS HUESOS y ARTICULACIONES — RADIOGRAFIAS
Prof. Dr. BLUMENFELD
Prof. de la Facultad, Jefe del Servicio de Ortopedia y Traumatología del Hospital Israelita.
Trasladó su consultorio a J. E. URIBURU 285
T. E. 47-5875 — 41-2331 y 41-2240

Dr. BERNARDO GOLDSTEIN
MEDICO
ENFERMEDADES CARDIOVASCULARES
APARATO CIRCULATORIO
Médico del Hospital Fernández
CUBA 2141 — T. E. 73-8782 u. 73-6817
Consultas: wochentags von 15—18 Uhr
Donnerstag keine Sprechstunde
Sonnabend: 14—16 Uhr

Enfermedades Cardiovasculares
Aparato Circulatorio
Dr. SAUL UMANSKY
Sarmiento 3116 T. E. 87-1362

Dr. BENJAMIN LIPNIZKY
ZAHNARZT
ROENTGENSTRAHLEN — ZAHNZIEHEN — BEHANDLUNG MIT GASBETAEUBUNG — REGULIERUNG DER ZAHNSTELLUNG
Sprechstunden. Dienstag — Donnerstag — Sonnabend nach vorheriger Vereinbarung.
JOSE HERNANDEZ 2518, T.E. 76-8673 u. 73-0500

Dr. L. KLEIN - Médico
Magen- und Darmkrankheiten
Roentgen-Untersuchungen
SPRECHSTUNDEN:
Montag, Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 15—19 Uhr
Es wird gebeten sich vorher telefonisch anzumelden.
SANTA FE 1391 T. E. 44-9493 u. 44-1542

Dr. FREY
ABOGADO
PUEYRREDON 2190
1º izq.
nachm. 16—19 Uhr
Telefon:
80-6930

REAL PEN
Füllhalter
REPARATUREN
Spezialgeschaeft
CORRIENTES 569
T. E. 49-5850

Ihr Friseur
ERICH JACOBSOHN
BEDIENT SIE IN IHREM HAUSE
T. E. 76-5842

PROPIEDADES FRANKENBERG
S. R. L.
berät Sie kostenlos und unverbindlich beim Kauf oder Verkauf von
GESCHAEFTEN
WOHNUNGEN
HAEUSERN
VIRREY DEL PINO 2262
T. E. 73-7887

JUDITH SCHENKOLEWSKI
KULTUSSTICKEREIEN
Schabbosdecken · Tallisbeutel Käppchen Mazzot-Taschen Hand- und Maschinenstickerei von Bett- und Tischwäsche
Dr. P. L. RIVERA 2585
(fr Bebedero)
T. E. 73-9155

JACOB LAPIDUS
dipl. Mohel
NEUE ADRESSE
VIAMONTE 2037 4º B.
46-1716 und 48-2124

MOHEL N. PLAKSIN
Superí 2719
T. E. 76-6784 u. 76-2312

Dr.
B. Schwarcz
ZAHNARZT
ESTOMBA 2283 52-8214
RAYOS X
PARADENTOSE
TELEF
VORANMELDUNG

Confitería NIZA
Servicios de lunch de categoría
SALON DE FIESTAS
ECHEVERRIA 3296, esq. CONDE
76-0286 73-1049

BERNARDO STERN
Ausführung saemtlicher
MALERARBEITEN
HELGUERA 1915 T. E. 58-4052

Frankreichs jüdische Gemeinde

Die jüdische Bevölkerung Frankreichs zählte vor dem Zweiten Weltkrieg schätzungsweise 300.000 Seelen, von denen der dritte Teil von den Nazis ermordet wurde. Nach der Befreiung waren verschiedene Einwanderungswellen aus Osteuropa und Aegypten zu verzeichnen. Mit der Immigration aus Nordafrika, im besonderen aus Algerien, die in den Jahren 1956 bis 1960 stattfand, erreichte die französische Judenheit wieder ihr Vorkriegsniveau. Der 1960 einsetzende Exodus der Juden aus Algier fand 1962 mit der Ankunft von 110.000 Flüchtlingen seinen Höhepunkt. Aus Marokko und Tunesien trafen im letzten Jahrzehnt etwa 70.000 jüdische Immigranten ein. All dies machte die jüdische Gemeinde Frankreichs zahlenmässig mit ihren heute über 500.000 Juden zu der bedeutendsten Europas.

Die algerische Judenheit ist praktisch in ihrer Gesamtheit nach Frankreich übergesiedelt. Von den 150.000 Mitgliedern der jüdischen Gemeinde im Jahre 1954 sind nur rund 3.000 in Algerien geblieben, die in ihrer Mehrzahl in den grossen Städten wie Algier und Oran leben. Aber auch diese letzten Juden verlassen nach und nach das Land. Nur ca. 10.000 algerische Juden haben sich in Israel niedergelassen. Der Grund für diese spärliche Auswanderung nach Israel ist einfach: die Juden Algeriens fühlen sich als Franzosen, sie betrachten sich in Frankreich nicht als Einwanderer sondern als Repatriierte. Ihre Vorfahren waren französische Bürger, seit Cremieux 1870 sein berühmtes Dekret erliess. Ihre Sprache ist französisch, ebenso wie ihre Kultur. Sie beteiligten sich aktiv auf Seiten Frankreichs an den beiden Weltkriegen (im ersten fielen von insgesamt 70.000 algerischen Juden 2.850 auf den Schlachtfeldern). Sie fühlten sich als legitime Söhne des Mutterlandes, selbst in den tragischen Stunden des Judentums wie zur Zeit des Dreyfus-Prozesses, während der Besetzung Frankreichs durch die Nazis und später unter der Vichy-Regierung. Ihr Patriotismus hinderte sie nicht, gute Beziehungen mit den Mohammedanern zu pflegen und sich voll und ganz für den Fortschritt der ganzen Bevölkerung Algeriens einzusetzen. Die Muselmanen ihrerseits behandelten die Juden wie treue Brüder in den schwärzesten Stunden des Vichy-Regimes.

Schon seit langem bildete die dem Jüdischen Weltkongress angeschlossene jüdische Gemeinde Algeriens einen Teil des französischen Judentums als Zweigstelle ihres Zentralverbandes, des „Consistoire". Seit 1918 floss ein fast unaufhörlicher Strom jüdischer Akademiker und Kaufleute von Algerien nach Frankreich, die sich dort niederliessen. Die Masseneinwanderung während des Bürgerkrieges und nach der Unabhängigkeitserklärung Algeriens übte einen starken Einfluss auf die Lage der jüdischen Gemeinde in Frankreich aus, was ihre geographische Verteilung, ihre wirtschaftliche und soziale Zusammensetzung und sogar ihre religiöse Struktur betrifft.

Der Zufluss nordafrikanischer Einwanderer glich die Mitgliederzahl der aschkenasischen und sefardischen Sektoren der französischen Gemeinde aus. Soziologisch sind die Algerier zumeist Angehörige der Mittelklasse, denn ausser Akademikern gibt es zahlreiche Angestellte, Handwerker und kleine Kaufleute, wie auch Beamte unter ihnen. In religiöser Hinsicht sind die neuen Einwanderer tief mit der Tradition verbunden im Gegensatz zu den französischen Juden, für die die Religion nur eine Sache des persönlichen Gewissens ist.

Die Aufnahme und Ansiedlung der „Repatriierten aus Algerien" bedeutete für die jüdische Gemeinschaft Frankreichs ein Problem, wie es noch niemals dagewesen war. Trotz der lobenswerten Hilfe der französischen Regierung und ihres (noch nicht existierenden) Ministeriums für Repatriierung, boten sich den Juden des Landes zahlreiche Schwierigkeiten, für deren Lösung sie den Vereinigten Jüdischen Hilfsfonds gründeten und mit der aktiven Unterstützung des nordamerikanischen Joint und anderer westeuropäischer jüdischer Organisationen zählten. Die algerischen Juden empfingen staatlichen Beistand in Form von monatlichen Subventionen, ähnlich wie sie den übrigen Repatriierten aus Algerien zuteil wurde, und eine Sonderhilfe zur Gründung einer Existenz. Die Flüchtlinge aus Marokko und Tunesien jedoch, die Fremde in Frankreich waren, fielen der jüdischen Gemeinde vollständig zur Last. Unter ihnen gab es zahlreiche kinderreiche Familien, die all ihr Eigentum zurückgelassen hatten, um aus ihrem Ursprungsland auswandern zu können. Sie assen strikt koscher. Viele alte Leute waren darunter, für die die vorhandenen Altersheime nicht ausreichten.

Die Schwierigkeiten auf den Gebieten der Religion, Kultur und Erziehung und vielen anderen waren schier unüberwindlich. Die jüdische Gemeinde von Frankreich, die weit davon entfernt ist, einheitlich organisiert zu sein, war völlig kopflos und wusste nicht, was sie mit den 200.000 Neuankömmlingen beginnen sollte, die über das ganze Land verstreut waren und unter denen es zehntausende Minderjährige gab. Hunderte Familien siedelten sich in Orten an, in denen es noch niemals eine jüdische Gemeinde gegeben hatte und die überhaupt keinen Kontakt mit dem Judentum unterhielten. Jetzt sind es die neuen Einwanderer, die ausser ihren anderen unzähligen Problemen und Behinderungen sich mit der Gründung von Gemeinden befassen, die bisher weder über Synagogen noch koschere Lebensmittel verfügen. An einigen Orten bemühen sie sich, verlassene Bethäuser zu restaurieren, wie z. B. in Carpentras in der Provence, einer alten Stadt, die wegen ihrer alten Synagoge berühmt war.

Einige Zahlen mögen den eingetretenen Wandel erhellen: Paris und seine Vororte beherbergen gegenwärtig etwa 300.000 Juden. Die Gemeinde von Marseille mit ihren ehemals 5.000 Juden zählt heute 80.000. Die Zahl der Juden in Toulouse, wo 3.000 Juden lebten, schwoll auf 18.000 an. In Lyon gibt es schon 20.000 Juden und ebenso viele in Nizza. Längs des Mittelmeeres mit seinem für Nordafrikaner so günstigen Klima entstehen viele neue Gemeinden. Viele jüdische Familien haben sich auch wie zufällig in Strassburg, Orléans, Perpignan, Avignon, Le Havre usw. niedergelassen. Die meisten gingen in den Süden Frankreichs, aber auch im Norden sind sie heute zu finden. Allein in der Umgebung von Paris, in kleinen Ortschaften, in denen nie Juden lebten, wurden rund 100 neue Gemeinden gegründet, denen es mit Hilfe der Gemeinde von Paris gelang, Gemeindezentren und Schulen zu errichten. Aber in den meisten Fällen können die Juden von solchen Institutionen nicht einmal träumen, und oft wird der Gottesdienst in der Wohnung irgendeines Flüchtlings abgehalten. Manchmal stellte auch irgendein Pastor oder Priester einen Raum für jüdische Andachten zur Verfügung. In Paris fanden zu Jom Kippur Gottesdienste in Kinosälen statt.

Trotz der zahlreichen aus Algerien in Frankreich eingewanderten Rabbiner macht sich ein empfindlicher Mangel an Lehrern, Gemeindebeamten und geistigen Führern fühlbar. Viele, die selbst noch nicht ihre Ausbildung beendet haben, erteilen freiwillig und teils ohne hierfür bezahlt zu werden religiösen Unterricht. Aber die Zahl der Religionsschulen ist keineswegs ausreichend, und tausende Jugendlicher verlieren jeden Kontakt mit dem Judentum.

Trotz der in Frankreich herrschenden offiziellen Trennung zwischen Kirche und Staat zeigen die französischen Behörden grosses Verständnis für die religiösen Bedürfnisse der aus anderen Ländern eingewanderten Juden. Häufig überlassen sie irgendwelche Säle in staatlichen oder städtischen Gebäuden zur Erteilung von Unterricht oder zur Abhaltung von Gottesdiensten. Auf den öffentlichen Friedhöfen haben sie Felder abgeteilt, auf denen die Juden ihre Toten begraben können. Sie erleichtern auch die Tätigkeit reisender Schochtim, damit die kleinen jüdischen Gemeinden koscheres Fleisch essen können.

Allerdings trägt der weltliche Charakter des Lebens in Frankreich auch dazu bei, dass sich die Juden von ihrer Religion entfernen. Diese fühlen sich von der Freiheit, der Gleichheit und der französischon Gastfreundlichkeit, die keine Diskriminierung aus Gründen der Rasse oder Religion kennt, tief beeindruckt. Meiner Ansicht nach sind dringende Massnahmen geboten, um zu verhindern, dass eine verheerende Massenassimilation einsetzt. Zu diesem Zweck wurde ein Verband algerischer Juden gegründet, der von der französischen Sektion des Jüdischen Weltkongresses, dem er angeschlossen ist, mit Rat und Tat unterstützt wird. Seit Ende 1963 erscheint das Monatsblatt dieses Verbandes „Information Juive", das früher in Algerien publiziert wurde, in Paris.

Zweifellos bedeutet der Exodus von 200.000 Juden aus Nordafrika und ihre Niederlassung in Frankreich für die jüdische Gemeinde dieses Landes eine schwere Belastung, aber gleichzeitig hat sie dieser Gemeinschaft neue Perspektiven für ihre Verjüngung und ihren Fortschritt eröffnet.

LA SEMANA ISRAELITA
SEMANARIO INDEPENDIENTE
Bs. Aires - PUEYRREDON 2190, 1º izq. - T.E. 83-2613
21. Januar 1966 29. Tewet 5726

Ein neuer Flughafen in Israel

Tel Aviv. — Der Bar Jehuda-Flugplatz, wahrscheinlich der niedrigste der Welt, wurde an einem Ort zwischen der alten Festung Massada und dem Toten Meer eingeweiht. Er liegt über 300 Meter unter dem Meeresspiegel. Ihm wurde zur Erinnerung an den verstorbenen Verkehrsminister Israel Bar Jehuda, der Namen Bar Jehuda gegeben.

Präsident Shazar vollzog die offizielle Einweihung und hob hervor, dass in naher Zukunft die Touristen aus der ganzen Welt nach Massada gelangen können, um diese historische Stätte, zu besuchen, die ein „Heiligtum einer der heroischsten Episoden unserer Geschichte" ist.

Von nun an werden täglich drei Flüge zwischen Tel Aviv, Bar Jehuda und Elat fahrplanmässig durchgeführt werden. (ITA)

Flottenkommandant ernannt

Tel Aviv. — Oberst Schlomo Erell wurde zum Kommandanten der israelischen Flotte ernannt. Er ist der Nachfolger von Brigadegeneral Jochai Ben Nun, der auf einen hohen Posten im Aussenministerium berufen werden dürfte. (ITA)

1966

30 Jahre CARLTON-Kleidung

In diesem Jahre feiert CARLTON dieses besondere Jubiläum. Ein besonderer Grund, Höchstleistungen in Qualität und Preis zu bieten.

Es beginnt mit einem

Januar Sonderverkauf

30 Prozent Rabatt auf alle Fertigkleidung wie Anzüge aus Therylene, leichte Saccos, Sportsaccos, Regenmäntel, Gabardin-Mäntel, Wintermäntel, Hosen aller Art. 10 Punktkleidung (Spezialanfertigung unter Berücksichtigung von Sonderwünschen). Bekleidungs-Kredite bis zu 60.000 durch Crédito Ballester, bis zu 300.000.— durch „Club de compra". In 5 oder 10 Raten, für Einzelpersonen oder Betriebe.

Und wenn Sie Masskleidung wünschen, erst recht zu CARLTON. Auch Junioren kaufen gern bei CARLTON.

Lohnanfertigung
Komplettes Stofflager für die kommende Herbst- und Wintersaison. Täglicher Zustelldienst nach allen Vororten. Kostenloses Parken Maipú und Charcas

Carlton

ERNST KOPPEL
Maipú 982, TE 31-7845

MOEBELHAUS
WATERMANN
Das Haus der 3 Geschäfte mit der grössten Auswahl.
SARMIENTO 1147
T. E. 35 - 7033
CABILDO 2614
PAMPA 4979
fast Ecke Triunvirato
Eigene Werkstätten. Zahlungserleichterungen Zuvorkommende fachmännische Bedienung.

ISRAEL-BRIEFMARKEN
AN WIEDERVERKAEUFER — ALLE NEUAUSGABEN ZUM OFFIZIELLEN KURS
AGENCIA FILATELICA OFICIAL DEL ESTADO DE ISRAEL
VIAMONTE 550, I. B — Bs. Aires, Rep. Argentina

ALFREDO STERN
MALERARBEITEN
IMITACIONES DE MADERAS
MANDONGO PATINADO Y HELADERAS
Neue Adresse: VIDAL 1575 fast Ecke PINO
Tel: 76—9088
Depósito: V. DE LA PLAZA 1779

Teppichhaus - M. Hochberg
Unerreichte Auswahl an handgeknüpften Teppichen in erstklassigen Qualitäten für jedes gemütliche Heim.
EIGENE FABRIKATION
UNVERBINDLICHE VORFUEHRUNG
AUF WUNSCH ZAHLUNGSERLEICHTERUNGEN
Maschinenteppiche in allen Farben und Grössen.
Auslegen von Appartements mit rein wollenem Velour
VERKAUF AN PRIVATE NUR SAMSTAG UND SONNTAG VON 9—19 UHR IM AUSSTELLUNGSRAUM
CALLE ANDONAEGUI 2083
TEL.: 52-2993 4 Quader von Station Urquiza

ESTUDIO JURIDICO INTERNACIONAL
Dr. Hardi Swarsensky
ASUNTOS EUROPEOS EXCLUSIVAMENTE
ALLE ENTSCHAEDIGUNGSFRAGEN
Wiedergutmachung
Lastenausgleich Rückerstattung
BUEROSTUNDEN:
DIENSTAG, MITTWOCH und FREITAG von 16—18 Uhr
T. E.: 83 - 2613
★
Dr. Günter Frey
ASUNTOS ARGENTINOS Y SUDAMERICANOS
Erbschaftssachen - Vertraege - Verwaltungen – Miets-, Zivil- und Handelssachen
T. E. 80 - 6930
PUEYRREDON 2190 esq. Av. LAS HERAS

S. ADLER-RUDEL (Jerusalem):

BARON MORITZ VON HIRSCH

Ein grosser jüdischer Philanthrop und sein Werk

(13. Fortsetzung)

Zu Beginn dieser zweiten Besprechung hatte der Vorsitzende darauf hingewiesen, dass ein Memorandum von Baron Hirsch eingegangen wäre, in dem dieser sich bereit erklärte, an dem Kolonisationswerk mitzuwirken. Es ist unverständlich, weshalb dieses wichtige Dokument in dem Aufsatz von Dr. Meisl nur mit wenigen Worten angedeutet wurde, da es bereits 1904 zumindest an drei Stellen in vollem Wortlaut veröffentlicht worden war.

Die amerikanische Monatsschrift „The Maccabean" brachte in ihrer Märznummer des Jahres 1904 einen Artikel mit dem Titel „The Jewish Colonisation Association and Palestine: Baron Hirsch's Real View". Dieser enthielt das französischen Original der von Baron Hirsch im August 1891 in Karlsbad verfassten Note. Der Artikel wurde vom „Jewish Chronicle" am 25 März 1904 und von der Zeitschrift „Die Welt" am 8. April 1904 übernommen. Die „Welt" veröffentlichte den Wortlaut des Hirschschen Dokuments, weil es, wie sie schreibt, „die wahren Ansichten Baron Hirschs über die Palästina-Kolonisation darzulegen geeignet ist." Das Memorandum hat folgenden Wortlaut:

„Ich habe Kenntnis genommen von dem Protokoll der Verhandlungen der Versammlung, die am 29. Juli 1891 in Paris getagt hat, und an der teilgenommen haben: einerseits mehrere Mitglieder des Zentralcomités der ‚Alliance Israélite Universelle' mit Mons. Zadock Kahn, Grand-Rabbin von Frankreich, an der Spitze, und andererseits die Delegierten der russischen Vereine zur Förderung der Kolonisation Palästinas.

„Diese letzteren haben sich vorgenommen und haben es auch durchgesetzt, von der Alliance die Gutheissung und die moralische Unterstützung zu Gunsten ihres Planes zu erlangen.

„Ihr Plan geht dahin: a) Kolonien von russischen Juden in der asiatischen Türkei, namentlich in Syrien und Palästina zu schaffen; b) eine Agrarbank zu errichten, die mit allen förderlichen Mitteln diese Kolonisation erleichtern soll.

„Ich habe in Paris mehrere Delegierte empfangen, die mir mündlich ihre Ideen und ihren Plan auseinandersetzten; sie schickten an mich ausserdem einen Brief mit einem beiliegenden Memorandum über den Plan ihrer Unternehmungen, um meine Beistimmung und Patronanz für die Sache zu gewinnen. Ich habe davon Kenntnis genommen.

„Ich habe den Herren Delegierten bereits während ihres Besuches die Gründe dargelegt, weshalb ich ihre Anschauungen nicht teilen und das Projekt der Kolonisation der asiatischen Türkei nicht rückhaltlos approbieren könne. Es ist ihnen nicht unbekannt, dass, wenn sie sich meinen Ansichten anschliessen wollen, sie ihren Standpunkt, den sie bisher beinahe ausschliesslich eingenommen haben, nämlich den der religiösen Erinnerungen und der historischen Ueberlieferung zum Teile ändern müssen. Mögen diese Erinnerungen noch so gross und ehrwürdig sein, sie bilden doch keine genügend feste Unterlage, um die Auswanderer in ihrer neuen Heimat vor neuem Unbill und neuem Unglück zu sichern.

„Die Herren Delegierten wissen, dass es meiner Meinung nach die Pflicht aller derjenigen ist, die das wirkliche Wohl unserer Glaubensgenossen im Augen haben, das Projekt der Kolonisation der asiatischen Türkei nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte sehr eingehender Vorstudien anzunehmen, von denen ich später sprechen werde.

„Nachdem ich ihnen gegenüber meine Meinung geäussert hatte, habe ich hinzugefügt, dass ich völlig geneigt sei, um mein grosses Bestreben, ihnen nützlich zu sein, zu zeigen, ihnen bei den Unterhandlungen in Konstantinopel behilflich zu sein und zu ihren Delegierten noch einige meiner Wahl hinzuzugesellen, sowohl um an Ort und Stelle eine Erforschung der tauglichen Oertlichkeiten, die man eventuell wählen könnte, vorzunehmen, als auch, um von der Regierung die bestmöglichen Bedingungen zu erlangen. Man kann doch im Ernste nicht blindlings eine Kolonisation beginnen, und man muss der Emigrationsbewegung ein ernstes und tiefes Studium vorangehen lassen. Man muss deshalb vor allem eine Kommission aus drei oder fünf fachkundigen Personen einsetzen; sie wird zur Aufgabe haben, an erster Stelle die für die Kolonisation geeignetsten Oertlichkeiten und Landstücke auszuwählen, dann, sich mit den Behörden in Verbindung setzen müssen, um die gewählten Grundstücke zu den besten Bedingungen zu erwerben.

„Es ist klar, dass man, wenn man das Prinzip der Kolonisation in der asiatischen Türkei akzeptiert, damit beginnen muss. Nur auf diese Weise werden diejenigen, welche beauftragt sein werden, die Grundstücke auszuwählen und die die Verantwortung für diese Sache auf sich nehmen wollen, Zeit haben, sich genau durch persönliche Beobachtung zu unterrichten, und in der Lage sein, die Unterhandlungen danach zu führen.

„Dieses Vorstudium, welches in den Angelegenheiten der eigentlichen Kolonisation so dringend notwendig ist, ist es nicht weniger auch vom Standpunkt der Schaffung einer Agrarbank."

Baron Hirsch geht dann weiterhin auf die einzelnen Voraussetzungen dieses von ihm für erforderlich gehaltenen Vorstudiums ein, insbesondere weil seiner Meinung nach „der Ackerbau in der Türkei nicht gedeiht", während „der Boden der argentinischen Republik... von einer sprichwörtlichen Fruchtbarkeit" ist. Er fährt dann aber fort:

„...Wenn die Delegierten der russischen Vereine auf ihrem Projekte bestehen, bin ich ganz bereit, sowohl meinen Einfluss als auch meine tätige Mitarbeit bei der kaiserlich-ottomanischen Regierung ihnen zur Verfügung zu stellen.

„Ich wollte ihnen bloss die Notwendigkeit, das Projekt genau und gründlich zu studieren, und den Vorzug der Kolonisation in Argentinien vor allen Kolonisationssystemen beweisen, die bisher vorgeschlagen wurden. Dieses vorausgehende Studium ist für mich eine Frage von solch hoher Bedeutung, dass sie allen anderen vorangeht; es ist übrigens eine unumgängliche Bedingung meines endgültigen Eingreifens."

Diese aussichtsreichen Verhandlungen scheinen keine Fortsetzung gefunden zu haben, offenbar weil die Chowewe Zion ihren Anteil an den Kosten der Delegationen nicht aufbringen konnten. Damit scheiterte der Versuch der Schaffung einer allgemeinen jüdischen Kolonisationsgesellschaft für Palästina und die Beteiligung von Baron Hirsch an ihr. Aehnlich verlief ein weiterer Versuch, Hirsch für Palästina zu gewinnen, den Dr. M. I. Bodenheimer (1865—1940) ebenfalls im Jahre 1891 unternahm. Auf Veranlassung von Julius Plotke, der später die Gemeinde Frankfurt a. M. im Verwaltungsrat der ICA vertrat sandte Bodenheimer an Hirsch einen praktischen Vorschlag für ein Kolonisationsprojekt in Syrien. Hirsch bestätigte mit Dank den Empfang des Memorandums und versprach, darauf zurückzukommen, was jedoch nie geschah.

In diesem Zusammenhang ist interessant festzustellen, dass Hirsch bei seinen Kolonisationsplänen in Argentinien nicht nur von praktischen Erwägungen gelenkt wurde, sondern auch an politische Ziele dachte. Dies ergibt sich aus den Erinnerungen von Dr. Bodenheimer, der den Präsidenten der Hamburger Bürgerschaft, Siegmund Hinrichsten, für den Judenstaatsgedanken gewinnen wollte. Dabei wurde ihm von diesem berichtet,

> „auch Baron Hirsch habe ursprünglich beabsichtigt, aus seinen Kolonien in Argentinien einen Judenstaat zu machen. Er wollte zu diesem Zweck eine Konferenz der jüdischen Grossgemeinden einberufen. Aber sein Schwager, Freiherr von Bischoffsheim, sei ihm in die Parade gefahren. Er habe ihm vorgehalten, dass er durch diesen Plan der Emanzipation der Juden einen Stoss für ewige Zeiten versetzen würde. Auf meinen Zweifel erwiderte Hinrichsen: ‚Sie dürfen mir glauben, ich habe ja selbst ein solches Rundschreiben erhalten.' Er holte es aus seinem Schreibtisch und las mir einige Stellen vor..."

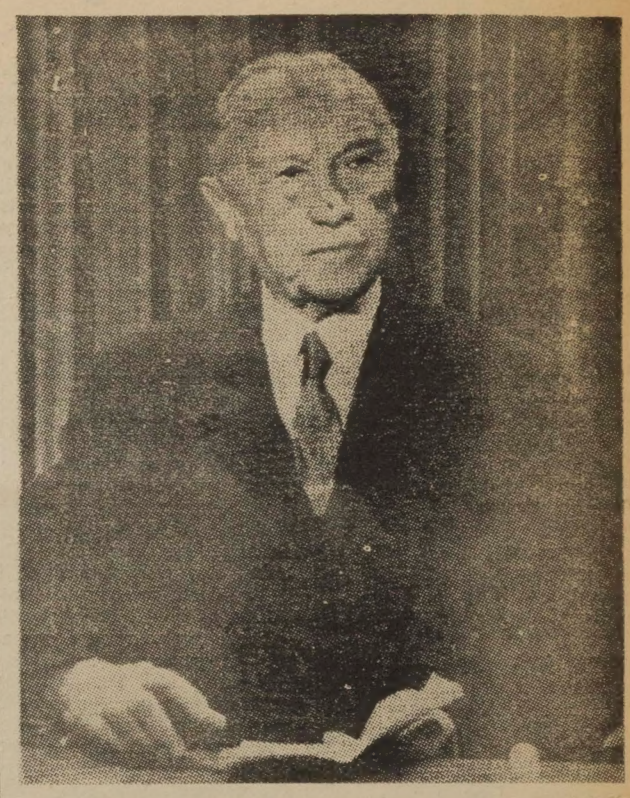
In den Jahren nach der Gründung der ICA konzentrierte Hirsch all seine Zeit und Energie auf ihre Leitung und auf die Entwicklung der Kolonien in Argentinien. Der von ihm erhoffte Erfolg blieb jedoch, wie bereits ausgeführt, aus. Die Administratoren versagten, und die Direktoren lösten einander häufig ab. Hirsch wurde unwillig und verbittert durch die dauernden Klagen und Anklagen, die Kolonisten und Direktoren gegeneinander erhoben. Er erklärte Feinberg, der zu seinen engeren Mitarbeitern gehörte, dass er jedes Vertrauen in die Direktoren, die Delegierten der Kolonien und die Kolonisten selbst verloren habe.

In dieser verärgerten Stimmung erhielt Hirsch, der sich im Mai 1895 in London aufhielt, einen Brief aus Paris von Theodor Herzl, damals Pariser Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse", der die Bitte enthielt, sich mit ihm über die Judenfrage unterhalten zu können. Es kann sein, dass sich Hirsch daran erinnerte, einen von Herzl gezeichneten Bericht über die Auflösung der Judenkolonien in Argentinien vom Februar 1892 gelesen zu haben.

Theodor Herzl, der Begründer des modernen Zionismus, wusste um jene Zeit noch wenig von den innerjüdischen Zusammenhängen. Auch „hat er die genauen Pläne Hirschs und die Bemühungen der Chowewe Zion um ihn nicht gekannt". Aber er war im Laufe der Jahre unter dem Eindruck der wachsenden antisemitischen Bewegung in Paris in den Bann der Judenfrage geraten und begann, seine Gedanken darüber niederzuschreiben. Er hatte erfahren, dass Hirsch sich „auffällig und millionärisch um die Juden bekümmerte", und darüber wollte er mit ihm sprechen. Hirsch antwortete höflich, dass er während der nächsten zwei Monate in London bleiben müsse und stellte ihm anheim, ihm schriftlich mitzuteilen, was er ihm zu sagen beabsichtige. Herzl antwortete mit einem Brief, in dem er andeutete, dass er demnächst Hirsch in einem zweiten Brief den Plan einer neuen Judenpolitik vorlegen werde. Dieser Brief scheint den beabsichtigten Eindruck auf Hirsch nicht verfehlt zu haben, denn schon wenige Tage später erhielt Herzl eine Einladung, in Paris bei Hirsch vorzusprechen.

(Schluss folgt)

Portraet der Woche



Dr. KONRAD ADENAUER, erster Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, wurde kürzlich 90 Jahre. Man wartet — bisher vergeblich — darauf, dass er die Regierung an die Erfüllung der von ihm eingeleiteten Wiedergutmachungsgesetzgebung ermahnt.

Kindler-Taschenbücher

IN DEN LETZTEN WOCHEN SIND DIE FOLGENDEN BAENDE ERSCHIENEN:

Nr. 54: HERMANN KESTEN: Meine Freunde die Poeten. Essays —
Nr 55: JOYCE CARY: Spiel ohne Ehre. Roman.
Nr. 56: FRIEDRICH SCHILLER: Pitaval Merkwürdige Rechtsfälle
Nr. 57/58/59: GERALD REITUNGER: Ausrottung der Juden Europas 1939—1945
Nr. 60: MARQUIS DE SADE: Die Kastanienblüte und andere Erzählungen
Nr. 61: DIE SIEBEN TODSUENDEN — Vierzehn Essays
Nr. 63: ELIA KAZAN: Amerika — Amerika Roman
Nr 64/65: HORST LANGE: Schwarze Weide
Nr 66 GEORGES BERNANOS: Ein böser Traum
Nr. 67: LEONHARD FRANK: Das Ochsenfurter Männerquartett

Es kosten: Einfachband DM 2.50 Doppelband DM 3,80. Dreifachband DM 4,80

Bestellungen durch alle Buchhandlungen

Kindler Verlag G.m.b.H., München

Biblioteca Ciencia e Historia de las Religiones

dirigida por MARSHALL T. MEYER

G. STEPHEN SPINKS: Introducción a la Psicología de la Religión.
LEO BAECK: La esencia del Judaismo (Wesen des Judentums)

— ::: —

Grandes Epocas é Ideas del Pueblo Judío

I. IEJEZKEL KAUFMANN: La Epoca bíblica

II. RALPH MARCUS: La Epoca Helenística
III. GERSON D. COHEN: La Epoca Talmúdica

IV. ABRAHAH S. HALKIN: La Epoca Judeo-Islámica
V. CECIL ROTH: La Epoca Europea

VI. SALO W. BARON: La Epoca Moderna

Editorial Paidos Buenos Aires

Zur BAR MIZWA unseres Sohnes

ERNESTO ALBERTO (Tito)

laden wir unsere Freunde und Bekannten in die Synagoge Bet Israel, Cramer 2070, am 29. Januar 1966 um ½9 Uhr ein. Anschliessend Empfang daselbst.

ALFREDO WATERMANN und Frau
ROSI geb. BLUMENTHAL

LUACH — (KALENDER)

Freitag, den 21. Januar	29. Tewet
Sonnabend, den 22. Januar	1. Shewat
Rosch Chodes SHEWAT	
Schabbat WAERA — Haftara Jesaja, 66 Kap.	
Sonntag, den 23. Januar	2. Shewat
Montag, den 24. Januar	3. Shewat
Dienstag, den 25. Januar	4. Shewat
Mittwoch, den 26. Januar	5. Shewat
Donnerstag, den 27. Januar	6. Shewat
Freitag, den 28. Januar	7. Shewat
Sonnabend, den 29. Januar	8. Shewat
Schabbat BO — Haftara Jeremia, Kap. 46	
Sonntag, den 30. Januar	9. Shewat
Montag, den 31. Januar	10. Shewat
Dienstag, den 1. Februar	11. Shewat
Mittwoch, den 2. Februar	12. Shewat
Donnerstag, den 3. Februar	13. Shewat
Freitag, den 4. Februar	14. Shewat
Sonnabend, den 5. Februar	15. Shewat

Schabbat B'SHALAJ SHIRA — Haft. Richter, 4 Kap.
CHAMISCHA ASSAR B'SHEWAT

Die Stadt Jerusalem

von HAIM MASS

Solange Jerusalem besteht, hat es in dieser Gebirgsstadt ein Wasserproblem gegeben — viele Jahrtausende hindurch — bis Anfang der sechziger Jahre des gegenwärtigen Jahrhunderts, als endlich die jüdische Stadtverwaltung mit diesem ewigen Problem fertig geworden ist. Während der letzten Jahre nimmt Jerusalem eine geradezu beneidenswerte Stellung unter den Städten Israels ein, in allem was die Wasserversorgung anbetrifft. Während es in Tel Aviv und Haifa gelegentlich während der schweren Sommerchamsine zu einem Wassermangel kommt, wissen die Einwohner Jerusalems schon seit über vier Jahren nicht, was Wassermangel ist.

Bürgermeister Mordechai Isch Schalom, der auf diese Tatsache kürzlich im Rahmen eines Vortrages hinwies den er im neu erbauten jerusalemer „Bet Hamehandes" unter der Aegide des Ingenieurs- und Architekten-Klubs hielt, betonte, dass von allen städtischen elementaren Dienstleistungen dem Wasserproblem gleich von Anfang an das grösste Augenmerk zugewandt wurde.

SIE WASCHEN SICH MEHR

Die Einwohner der Hauptstadt haben sich im Laufe der Zeit nicht nur zahlenmässig vermehrt, und zwar mit einer Zuwachsrate von ca. 6.000 Personen pro Jahr, sondern sie haben sich auch dank des steigenden Lebensstandards Hygiene fördernde Lebensgewohnheiten zugeeignet. Sie verbrauchen für körperliche Reinlichkeit, Wäschewaschen und Gartenkultur mehr Wasser. Im Jahre 1950 verbrauchten sie nur 1,5 Millionen cbm, 1956 waren es bereits 6 Millionen cbm, und nunmehr hat sich dieser Bedarf auf 12 Millionen cbm pro Jahr verdoppelt. Diese Errungenschaft verdanken sie unter anderem auch dem Umstand, dass sowohl im Jerusalemer Korridor wie auch innerhalb des Stadtgebiets selbst neue Wasserquellen erschlossen werden konnten. Die früheren, unzulänglichen Rohrleitungen wurden grösstenteils durch neue und grössere ersetzt.

Das Wasserproblem ist jedoch trotzdem noch nicht endgültig gelöst. Da die Wasserexperten jeweils vorplanen müssen, stehen sie jetzt vor der Notwendigkeit, für einen Jahresbedarf von 15 bis 18 cbm vorzusorgen, während schon jetzt die Zufuhrquellen erschöpft zu sein scheinen. Wenn dies nicht technisch durchführbar sein sollte, mag sich in absehbarer Zukunft wieder ein gewisser Wassermangel bemerkbar machen, so warnte der Bürgermeister.

ARMSELIGES ERBE

Jerusalem zählte bis vor kurzem 190.000 Einwohner, und diese Zahl dürfte sich heute auf 200.000 gesteigert haben.

Den zweiten Platz auf der Prioritätsliste der Dienstleistungen nimmt das Erziehungswesen ein. Als die Stadtverwaltung unmittelbar nach der Staatsgründung das bestehende Schulnetz der Mandats-Verwaltung übernahm, standen ihr nicht mehr als 300 Klassenräume in ihrem Zweck kaum entsprechenden Schulgebäuden zur Verfügung. Heute gibt es in der Hauptstadt 36.000 Volksschüler und Zöglinge städtischer Kindergärten, die vielen Tausende von Mittelschülern gar nicht hinzugerechnet. Die Hälfte der gegenwärtig vorhandenen 1.000 Klassenräume wurde im Laufe der letzten sechs Jahre errichtet. Der Bau eines Klassenzimmers kostet derzeit mit allen Zubehören 50.000 IL.

Ein Faktor, der die Bauspesen besonders verteuert, ist der Umstand, dass Jerusalem — im Gegensatz zu Tel Aviv — fast gar keine Bauplätze von ihrer Vorgängerin zur Zeit des Mandats „geerbt" hatte. Die Stadt Jerusalem muss oft für ein Terrain von einem Dunam, das für den Bau einer Schule erforderlich ist, nicht weniger als 150.000 IL bezahlen. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die Stadt bei dem Erwerb von Baugeländen eine 25prozentige Ermässigung erhält, sind diese Auslagen für den Bau von Schulen eine unerträgliche Belastung. Schulen müssen nolens volens inmitten dichtbesiedelter Wohngegenden errichtet werden, da sie ja der Bevölkerung solcher Wohnbezirke dienen. Man kann also keine Schulen in der Stadtumgebung bauen, wo die Bodenpreise natürlich billiger wären.

Dazu kommt noch, dass die Stadtverwaltung ihre eigenen Baugesetze respektieren muss, die vorschreiben, dass jeder Bau in der Innenstadt Aussenwände aus Natur- oder Kunststein haben soll. Auch erfordert das kalte Gebirgsklima, jeden Neubau mit Zentralheizung auszustatten, was die Baukosten ebenfalls verteuert.

KEINE ABWANDERUNG

Die Entwicklung Jerusalems war im Laufe der Jahre seit der Staatsgründung rascher und umfangreicher, als die von Tel Aviv und Haifa, trotzdem das wirtschaftliche Potential der Küstenstädte dem der Hauptstadt überlegen ist. Doch auch die Wirtschaftslage hat sich — besonders in den letzten 4 bis 5 Jahren — bedeutend gebessert. Zeugnis dafür ist die Tatsache, dass die früher ansehnliche Abwanderung aus Jerusalem in die Küstenstädte im Laufe der letzten zwei Jahre fast gänzlich aufgehört hat.

Stockholm ehrte Tucholsky

Es ist über dreissig Jahre her, dass Kurt Tucholsky, erst 45 Jahre alt, in Schweden freiwillig aus dem Leben ging.

Der Todestag des Schriftstellers, der, 30 Jahre nach seinem tragischen Ende, fast populärer als zu Lebenszeiten ist und dessen Werke in zahlreiche Sprachen übersetzt wurden, ist leider fast unbeachtet geblieben, abgesehen von der rühmlichen Ausnahme, die Stockholm, Hauptstadt seiner Wahlheimat der letzten Lebensjahre, der Welt geboten hat.

Die königliche Bibliothek in Stockholm hat in einer mit Liebe zusammengestellten Ausstellung Gegenstände aus dem Besitz des „tragischen Humoristen" gezeigt, sowie eine grosse Anzahl von Uebersetzungen seiner Werke ins Schwedische.

Besonders interessant in dieser Erinnerungsausstellung an einen Dichter „mit Schnauze und Herz" waren eine Kollektion von Manuskripten Tucholskys, sowie eine grosse Anzahl von handschriftlichen Briefen des zu früh Verstorbenen, eines der Opfer der blutigen Tyrannei, das den Millionen seiner Leidensgenossen in den Tod vorausging.

„Freiwillig", gewiss, und doch, wie sehr gezwungen—!

K. K. B.

Einwanderer aus Brasilien

Río de Janeiro. — Mit dem ZIM-Schiff „Theodor Herzl" fuhren 56 brasilianische Juden nach Israel, um sich dort niederzulassen. Verschiedene dieser Einwanderer waren aus Israel nach Brasilien zurückgekehrt, weil sie Schwierigkeiten bei ihrer Eingliederung hatten. (ITA)

Hungerstreik

Tel Aviv. — Die Gefängnisleitung in Ramle verbrachte einen Mann in eine Einzelzelle, der einen Hungerstreik begonnen hatte, weil seine Strafe von den zuständigen Behörden nicht wegen seiner guten Führung aufgehoben wurde. Der Gefangene ist als der „dritte Mann" in der Lavon-Affäre bekannt. Seine Identität ist ebenso ein Sicherheitsgeheimnis wie die Einzelheiten der sogen. Sicherheitstragödie aus dem Jahre 1954, die sich später zur Lavon-Affäre auswuchs.

Der Häftling hatte seinerzeit Vorwürfe gegen Lavon erhoben, die er später zurücknahm. Er war 1957 zu zehn Jahren Gefängins verurteilt worden. (ITA)

Erhoehungen

Jerusalem. — Die Lebenskosten betrugen zu Ende des Monats Dezember 110,1 in Israel. Dies bedeutet einen Erhöhung der an alle in Israel organisierten Arbeiter gezahlten Löhne und Gehälter, die je nach Entlohnung zwischen 29 und 52 IL beträgt. — (ITA)

Hourani wieder in Ungnade

Machtkampf ist ein Dauerzustand in Syrien. Politische Gruppen und Grüppchen, Offizierskreise, religiöse Sekten, Familien-Clans — alle nehmen an dem Spiel um die Macht teil, paktieren miteinander oder konspirieren gegeneinander. Wer heute im Gefängnis sitzt, kann morgen Minister sein, und die Kandidaten für Botschafterposten rekrutieren sich aus Persönlichkeiten, die der jeweilige „starke Mann" lieber ausserhalb der Landesgrenzen wissen möchte.

Kürzlich war wieder eine Runde in dem syrischen Ringelspiel der Macht zu Ende. Staatschef General Hafez konnte seine Position in der Armee und der Baath-Partei wahren, während Akhram Hourani, der Führer des linken Baath-Flügels, mit seinen Anhängern ins Gefängnis wanderte. Hourani kennt die Salons der syrischen Machthaber genauso gut wie die Zellen der syrischen Gefängnisse. Einst war er mächtiger Baath-Führer und Befürworter der Vereinigung Aegyptens und Syriens. Für seine Dienste belohnte ihn Nasser mit dem Posten des Vizepräsidenten der VAR. Dann aber musste Hourani feststellen, dass Syrien zu einer ägyptischen Kolonie mit einem ägyptischen „Vizekönig" in der Person Marschall Amrs wurde, nicht er sondern Geheimdienstchef Saradj Syrien beherrschte, und von da an verwandelte er sich in einen Gegner Nassers und der VAR, bei deren Auflösung er eine wichtige Rolle spielte.

Seit Syrien wieder ein selbständiger Staat ist, war Hourani abwechselnd vom Minister zum Häftling, Exulanten oder Gefangenen unter Hausarrest. Nun befand er sich wieder einmal im Gefängnis, der „Konspiration mit einer fremden Macht" beschuldigt, wobei die Ansichten der politischen Beobachter in Beirut darüber auseinandergehen, ob diese „fremde Macht" Westdeutschland oder die Sowjetunion ist.

Der eigentliche Grund für die Kaltstellung Houranis liegt aber darin, dass er als konsequenter Nasser-Feind mit einer Entschiedenheit die in Casablanca vorgenommene Versöhnung zwischen Hafez und Nasser bekämpfte, die in dem „Solidaritätsvertrag" gipfelte. war ist Hafe weit davon entfernt, einer Wiedervereinigung Syriens mit Aegypten das Wort zu reden, aber er wünscht den Waffenstillstand mit Kairo, um ihn zur Festigung seiner Position in der Partei und der Armee zu nützen.

Hafez fiel es umso leichter Hourani der Versöhnung mit Nasser zu opfern, als er sich auch aussenpolitisch für einen anderen Kurs einsetzte, als Hourani es tat. Der offizielle Kurs in Syrien geht auf Annäherung an Peking, während Hourani eher eine Zusammenarbeit mit Moskau empfahl. Aber Hafez ist seiner Herrschaft im Staate keineswegs sicher. Seine Politik der Annäherung an Kairo ist in einflussreichen Kreisen hoher Offiziere und Politiker auf energischen Widerstand gestossen. Für die Politik der Freundschaft setzen sich der ehemalige Ministerpräsident Sallah el-Bitar und General Machmud Amran ein, der bis vor kurzem Syrien als Botschafter in Kairo vertrat. Hingegen lehnten der abgesetzte Generalstabschef Jedid sowie zahlreiche andere Offiziere zusammen mit Hourani den Flirt mit Nasser ab.

Die Freunde Kairos in Syrien wittern Morgenluft. Am 28. September dem Jahrestag der Auflösung der VAR, richteten sie an Nasser ein Telegramm, in dem sie Krokodilstränen ob des missglückten Vereinigungsexperiments vergossen. Doch diese Elemente werden von der syrischen Armee scharf unter Kontrolle gehalten. Angeblich soll ein Versuch, am 28. September gegen das Baath-Regime und für den Wiederanschluss an Aegypten zu putschen im Keime unterdrückt worden sein.

Syrien ist weiter denn je von Stabilität fern. Hourani dürfte nicht das einzige Opfer dieses Machtkampfes sein. Sollte ihm tatsächlich ein Schauprozess gemacht werden, wird es in Damaskus stürmisch zugehen, denn Houranis Baath-Flügel verfügt noch über starke Reserven.

Und ein solches Land mit einem solchen Regime wird von zivilisierten Staaten umworben!

Monty Jacobs

Alas Israelis

Historia de los Pioneros de la Aviación Israelí

Editorial Candelabro
Buenos Aires

Zu einem aktuellen Thema:

Soeben erschienen im Editorial Candelabro

DAGOBERT RUNES:

EL JUDIO y LA CRUZ

Erhältlich in allen guten Buchhandlungen

HOTEL LAGO כשר

RIO CEBALLOS — SIERRAS DE CORDOBA
CASILLA CORREO 34

Das einzige koschere Hotel in den Bergen.

Auskunft in Buenos Airse von 8— 10 Uhr:
76-2009

כשר Hotel-Restaurant
M. FLAMM

CHASCOMUS — T. E. 2910 — Córdoba 38

unter Aufsicht s. Ehrw., Rabb. Dr. J. Oppenheimer
Reiten — Schwimmen — Ausflüge auf den See
Telef. Auskünfte in Bs. Aires: 76-2312 u. 70-5805

JUAN JULIUSBURG
MALERARBEITEN
73-1148 BLANCO ENCALADA 1646

DEIN HOBBY
DEINE SPARKASSE
Israel-Briefmarken
Beratung durch:
STAMPS CENTER
94 Allenby Rd. — TEL AVIV — P.O.B. 4444

EL AL
UN TELEFONO PARA USTED: 31-7658
Es la nueva línea telefónica de nuestra Representación para Sud América, que nos permite atenderlo con mayor eficiencia. Además, las comodidades de nuestras nuevas oficinas en Maipú 464, 3er. Piso, harán grata la oportunidad de recibirlo y conversar sobre el creciente interés del público por Israel. Recuerde que mediante las conexiones diarias desde Europa y Estados Unidos, usted podrá llegar a Israel en alas de EL AL
LINEAS AEREAS DE ISRAEL

Gemeinden und Vereine

NUEVA COMUNIDAD ISRAELITA

Rabino Hanns Harf T. E. 73-3180
Sinagoga Chaim Weizmann ARCOS 2319
Secretaría: ARCOS 2319 — T. E. 73-0281 y 76-6906

GOTTESDIENSTE CHAIM WEIZMANN-SYNAGOGE:

Täglicher Gottesdienst:
Morgens: 7 Uhr
Abends: 19 Uhr
Sonntags u. staatl. Feiertage:
Morgens: 7 Uhr 30
Abends: 19 Uhr 30

Gottesdienste

Schabbos WOERO
Freitagabend: 19 Uhr. Ansprache.
Sonnabend vormittags: 9 Uhr.
Minchah: 20 Uhr 20
Ausgang: 20 Uhr 49

Trauungen:

In der kommenden Woche finden in unserer Synagoge folgende Trauungen statt:
Samstagabend um 21 Uhr 30: Leonardo Coon — Irene Beatriz Guida. Um 22 Uhr 30: Dr. Marcos Palacci — Dra. Mercedes Palma.

Beiden jungen Paaren gratulieren wir auch an dieser Stelle recht herzlich.

Departamento Juvenil:

SERVICIO RELIGIOSO JUVENIL:
Viernes a las 19 horas.
CIRCULO WEEKEND:
Para obtener el carnet que da acceso al weekend en la temporada, es necesario estar al dia con las cuotas y abonar $ 400.— por la temporada. Es imprescindible traer una foto para el carnet.

Círculo Weekend:

Wir weisen darauf hin, dass die Pileta gemäss den munizipalen Bestimmungen nur nach ärztlicher Untersuchung benutzt werden darf. Für diesen Zweck steht wie in den vergangenen Jahren ein Arzt kostenlos zur Verfügung.

Gottesdienste Villa Ballester:

Freitagabend 20 Uhr 30.

Oekonomie im Gemeindehaus:

Ausrichtung von Festlichkeiten aller Art — koscher — übernimmt Herr Siegfried van Geldern. Zu erreichen unter T. E. 73-7625 und 791-9407.

Festsaele:

Vermietung für Festlichkeiten jeglicher Art. Auskunft im Gemeindesekretariat.

—:o:—

BETH HAMIDRASCH

CERRITO 774

GEBETZEITEN:
Schabbos WOERO
Freitag, den 21. Januar:
Eingang: 19 Uhr 30
Samstag, den 22. Januar:
Schacharis: 9 Uhr
Anschliessend an das Gebet „Raschi Schiur"
Gemoro Schiur: 18 Uhr 45
Minchoh: 20 Uhr
Ausgang: 20 Uhr 49
Wochentage:
Von Sonntag bis Freitag: Schacharis 7 Uhr.

BET ISRAEL

Cramer 2070 — Tel.: 73-8922

GOTTESDIENST AM SCHABBAT WAERA 21.—22. Januar:
Freitagnachmittag: Mincha 18 Uhr 45. Abendgottesdienst 19 Uhr.
Sonnabend: Morgengottesdienst 8 Uhr 30.
CIRCULO RECREO
Sonne, Schatten, Gesellschaft, Einsamkeit ... und die Schwimmpileta, all das finden Sie bei uns. Bequeme Eisenbahn - Verbindung ab Puente Saavedra. Fragen Sie nur, wenn Sie in Los Polvorines ankommen nach Quinta Bianchetti. Jeder kennt sie dort, und wenn Sie sie einmal kennengelernt haben, werden Sie immer wieder hinwollen. Es ist sooo schön dort.

TREFFPUNKT BET ISRAEL,
für unsere Mitglieder und Freunde, ruhiger und schattiger Aufenthalt auf unserer herrlichen Terrasse bei Kaffee und Kuchen. Geöffnet täglich ausser Freitag. Sonnabend nach Schabbat-Ausgang.

DONNERSTAG-NACHMITTAG IM GEMEINDEHAUS:
Jeden Donnerstag Nachmittag um 15 Uhr treffen sich unsere Damen zu praktischer Handarbeit oder zu vergnügter Unterhaltung.

VERMIETUNG UNSERER SAELE
Zur Ausrichtung von Familienfesten stellen wir gern grosse oder kleine Säle unseren Freunden zur Verfügung

ASOCIACION RELIGIOSA CONCORDIA ISRAELITA

Moldes 2449 — T. E. 73-6719

GEBETZEITEN:
Schabbos WOEROH
Freitag, den 21. Januar:
Eingang: 19 Uhr 30
Samstag, den 22. Januar:
Schacharis: 8 Uhr 30
Gemoro Schiur: 18 Uhr 15
Raschi Schiur: 19 Uhr 15
Minchoh: 19 Uhr 45
Zwischen Minchoh und Maariw wird Herr M. Schönberg ein Kurzreferat halten.
Ausgang: 20 Uhr 49
Wochentage:
Sonntag, Schacharis 7 Uhr. Montag bis Freitag, Schacharis 6 Uhr 30. Sonntag bis Donnerstag, Minchoh 19 Uhr 55.

KEREN KAYEMET LEISRAEL קרן קיימת לישראל

COMITE CENTROEUROPEJ
Corrientes 2294 — VI. Stock — T. E. 48-3695, 48-5683

EINWEIHUNG VON VORPOSTENSIEDLUNG SUEDLICH DES TOTEN MEERES

Am 9. Dezember 1965 wurde die neueste Vorpostensiedlung der Nachal (Pioniersiedlerkorps der israelischen Armee) im Bruchtal der Arava eingeweiht. Der Ort, Chazewa, liegt 30 km südlich von Sedom an der transjordanischen Grenze und nahe der jüngst fertiggestellten Strasse Sedom—Elat, auf der die aus dem Toten Meer gewonnenen Mineralien zu Israels Ausfuhrhafen am Roten Meer transportiert werden. Der Keren Kayemeth hat auch eine 1½ km lange Zufahrtsstrasse zu den neuen Feldern gebahnt, und Süsswasser ist in Brunnenbohrungen bei der Siedlung entdeckt worden.

Tausende kamen aus allen Teilen des Landes, an der Einweihung von Chazeva teilzunehmen, unter ihnen die Siedler anderer Dörfer des Negew und der Arava, wie En Gedi, En Jahav, Gerofith, Jotvata usw. Der Landwirtschaftsminister Herr Ch. Gevati wies in seiner Ansprache auf die grossen Anbaumöglichkeiten der Arava hin, deren Erträge einen ständig wachsenden Anteil an Israels landwirtschaftlichem Export haben werden. Der Generalstabschef General J. Rabin sprach den neuen Siedlern seine Glückwünsche aus und gab bekannt, dass während des Jahres 1966 noch drei weitere Vorpostensiedlungen der Nachal gegründet werden sollen, davon eine im mittleren Abschnitt des Aravatals, dort, wo das Paranwadi mit ihm zusammentrifft, die zweite in Zur Nathan an der Grenze des Scharon, und die dritte in Galiläa.

Unser Telegrammdienst:

Glückwunsch- sowie Trauertelegramme und Baumdiplome bei jeder Gelegenheit bitten wir, unter folgenden Telefon-Nummern aufzugeben:

73-9026 Sra. Weinstein
64-2966 Sra. Lubascher
54-3209 Frl. Wertheimer
48-5683 Sekretariat.
48-3695 Sekretariat

Die AMIA-Wahlen

C. W.: — Am 31. Dezember wurde an dieser Stelle ausführlich auf die Notwendigkeit intensiver Vorarbeiten auch in unserem Sprachsektor für die kommenden AMIA-Wahlen am 8. Mai hingewiesen. Gegenwärtig sieht das vorbereitende Comité die Mitgliederlisten unserer Gemeinden und Organisationen durch, um festzustellen, wer wahlberechtigt und wo das einzelne Mitglied zuständig ist. Hierbei bedürfen wir der Mithilfe der Vorstände, die ausnahmslos von der grossen Bedeutung dieser Wahlen auch für unsere Institutionen überzeugt sind. Ebenfalls sehr wichtig ist, die Beiträge zum 31. Dezember 1965 „al día" zu bringen, weil dies die Voraussetzung für die Wahlausübung bildet.

Dem Aufruf, den man an die Gemeinden und Organisationen sandte, damit diese ihn in den jeweiligen Mitteilungsblättern publizieren können, waren versehentlich nicht die Unterschriften zugefügt worden. Wir geben diese nachstehend auf. Hieraus ist ersichtlich, dass fast der gesamte zentraleuropäische Sektor hinter der überparteilichen Einheitsliste steht: Asoc. Cult. Israelita (ACIBA), Bet Hamidrasch, Bet Israel, Culto Israelita de Belgrano, Forum Sionista Bar Kochba, Círculo Cult. Isr. del Palomar, Nueva Comunidad Israelita, Lamroth Hakol, Asoc. Fil. Isr. (Hilfsverein), Centro Theodor Herzl (THG) und Bene Berith-Loge (Tradición). —

Neuer Hafen in Elat

Tel Aviv. — In Anwesenheit von Ministerpräsident Eshkol wurde vor kurzem der neue Hafen von Elat am Roten Meer eingeweiht. Die neuen Anlagen, die 20 Millionen Israel-Pfund kosteten, umfassen einen 550 Meter langen Kai, Lagerhäuser für Pottasche und Phosphate sowie Spezialgeräte zum Aus- und Einladen von Massengütern mit einer Tageskapazität von 10.000 Tonnen.

In seiner Eröffnungsansprache brachte der Ministerpräsident die Hoffnung zum Ausdruck, dass Elat eine grosse Rolle beim Ausbau der israelischen Beziehungen zu den afro-asiatischen Ländern spielen werde. (ITA)

Tagung des Aktions-Comités

Jerusalem. — Die ständige Kommission des Aktions-Comités billigte die Verteilung der 20 Sitze in der Exekutive der Jewish Agency. Die Mapai erhielt sechs Sitze, vier die Union der Allgemeinen Zionisten, drei die Föderation der Allgemeinen Zionisten, drei die Misrachi, zwei die Cherut und je einen Sitz die Mapam und die Achdut Awoda. Die Arbeiterparteien enthielten sich wegen des Einschlusses der Cherut der Stimme.

Der bisherige stellvertretende Präsident der Exekutives, Arie Pincus, wurde von Mapai und Achdut Awoda als ständiger Präsident vorgeschlagen. Er wird weiter Schatzmeister der Jewish Agency bleiben. Ferner wurde Jizchak Ben Aharon als Chef der Abteilung für Jugendalija in Vorschlag gebracht und ist somit Nachfolger von Mosche Kol, welcher jetzt Minister für Entwicklung und Fremdenverkehr ist. Zum Leiter der Absorptions - Abteilung wurde Avraham Cygel bestimmt, der Mosche Erem, der seinen Rücktritt erklärte, in diesem Amt folgt.

Das Aktions-Comtié gedachte des verstorbenen Mosche Sharett, der Präsident der Exekutive der Jewish Agency gewesen war. Der Hauptredner war Staatspräsident Salman Shazar.

Arie Pincus mahnte in seiner Rede zu einer engen Zusammenarbeit, um das geistige Vakuum des jüdischen Lebens mit einem positiven jüdischen Bewusstsein zu füllen, das hebräische Analphabetentum zu beheben, sowie die jüdischen Rechte und Werte in aller Welt zu schützen.

In seinem Bericht vor den Delegierten des zionistischen Aktions-Comités stellte Pincus fest, dass viele Aufgaben aus Mangel an Mitteln unvollendet geblieben sind, wozu z.B. die Bereitstellung besserer Wohnungen für die Einwanderer gehört. Trotz dieser Zustände sei das vollbrachte Werk erfreulich, stellte er fest, im besonderen die Steigerung der israelischen Agrarproduktion. Diese habe sich im Jahre 1948 auf 15 Millionen Dollar belaufen, während ihr Wert 1963 auf 400 Millionen Dollar angewachsen war. (ITA)

Schwimmende Sprachschulen

Jersalem. — Tausende Touristen nehmen an den hebräischen Studen teil, die auf den griechischen Schiffen „Olympia" und „Königin Anna Maria" erteilt werden, wie die Jewish Agency mitteilt. Den Unterricht geben israelische Lehrer, und das Ergebnis wird als befriedigend bezeichnet. (ITA)

COMUNICADO:

En una reunión conjunta de autoridades de Bet Israel y de la Nueva Comunidad Israelita, en la que participaron por Bet Israel los señores Enrique Braun, Max Hochberg, Werner Rosenberg, Rolf Wertheimer y Curt Wilk y por la Nueva Comunidad Israelita los señores Adolfo Brück, Rodolfo Ebel, Isidoro Grebler, Rudi Schmul y Alejandro Wohlgemuth (todos nombrados por orden alfabético) se llegó a la conclusión que:

Interpretando la voluntad de la mayoría de socios y en especial de la juventud y con el objeto de lograr una integración de todas las comunidades y organizaciones de nuestro sector, se ha llegado a la decisión, de unificar el trabajo para el bién de las instituciones y de los intereses del Jishuw en general.

Con tal motivo se ha formado una comisión representativa para adelantar los proyectos a concretar, que se compone de los señores: Enrique Braun, Adolfo Brück, Rudi Schmul, Curt Wilk y Alejandro Wohlgemuth.

Se decidió asimismo publicar esta resolución e informar en una reunión a los socios de las dos instituciones.

Glückwunsch-, Blumen-, Geschenk- und Beileid-ABLOESUNGEN

zu Gunsten der

Asociación Filantrópica Israelita

CANGALLO 1479 1º 40-4900 — 40-9535

KEHILLA PASTEUR 633

T. E. 47-9096—99

Die Jüdische Gemeinde von Buenos Aires fordert alle deutschsprechenden Juden auf, der Kehilla als Mitglieder oder Protektoren beizutreten. Jeder Jude, aelter als 18 Jahre, wird aufgefordert, Mitglied zu werden.

Es ist die Pflicht eines jeden Juden, der Jüdischen Gemeinde von Buenos Aires als Mitglied anzugehören. Informationen und Antragsformulare in unserem Büro, Pasteur 633, 1. Stock.

WIR BITTEN

UNSERE LESER

auf diesem Wege, von der Moeglichkeit direkter Ueberweisung der faelligen Abono-Gebühren frdl. Gebrauch machen zu wollen

Direkte Einsendung des Abono-Betrages in SCHECK — GIRO — BONO POSTAL

LA SEMANA ISRAELITA
Pueyrredón 2190, 1º izq.
Capital

Hierdurch überweise ich Ihnen den Betrag von m$n ..... aus nachstehender Abrechnung. In Erwartung Ihrer Quittung begrüsse ich Sie

.....
(Name)

.....
(Adresse)

N. B.: Wir bitten, Einzahlungen zu richten an: LA SEMANA ISRAELITA.

Jahr 1965: ..... m/n 500.—
1. u. 2. Quartal 1966: m/n 350.—
Jahr 1966: ..... m/n 700.—

(Wir müssen uns eine weitere Erhoehung des Abono-Preises wegen der Steigerung aller Druckkosten vorbehalten. —

(Nicht gewünschte Zahlung bitte ausstreichen)

Israels aussenpolitische Ziele

Paris. — Ministerpräsident Levi Eshkol erklärte in einem Interview mit „Le Monde", dass seine Ansichten über die Bedingungen eines Friedens zwischen Israel und den Arabern die gleichen wie die seines Vorgängers Ben Gurion seien, d. h. den Frieden unter der Bedingung anzubieten, dass die Araber den Status quo anerkennen. Aus diesem Grunde müssten die Verhandlungen über einen Frieden darauf basieren, dass die Araber die bestehenden israelisch-arabischen Grenzen akzeptieren. Er fügte hinzu, Israel sei zwar weiter bereit, den ehemaligen arabischen Bewohnern heutigen israelischen Bodens Entschädigungen zu zahlen, doch sein Land könne kein bestimmtes Territorium abtreten, weil Israel mit möglichen zukünftigen Einwanderern aus Russland, Osteuropa und den Vereinigten Staaten rechnen muss.

Auf die Frage, ob diese bevorstehende Einwanderung nicht dazu beiträgt, die Befürchtung der Araber einer israelischen „Expansion" zu nähren, entgegnete Eshkol. Israel habe dem Status quo über die Grenzen ein für allemal zugestimmt. Er betonte, dass die Industrialisierung und Fruchtbarmcahung des Negew, dessen Bewässerung durchgeführt werden soll, sobald das nordamerikanisch-israelische Gemeinschaftsprogramm der Wasserentsalzung durch Atomenergie fertiggestellt ist, Israel in Stand setzen wird, die erwarteten Einwanderer anzusiedeln. Er bemerkte hierzu, dass falls diese Pläne den erhofften Erfolg zeitigen würden, das Verfahren auch von arabischen Ländern angewandt werden und auf diese Weise den Schlüssel liefern könnten, das Tor für den Frieden im Mittelosten zu öffnen.

Der Ministerpräsident bedauerte, die Tatsache, dass sowohl Israel wie Aegypten so grosse Summen für Rüstungen verausgaben müssen, wo das Geld viel nützlicher für die interne Entwicklung Verwendung finden könnte. Auf die Frage, warum Israel die Vorschläge abgelehnt habe, den Mittelosten zu einer atomfreien Zone zu machen, antwortete Levi Eshkol, dass weder Israel noch Aegypten Atomwaffen besitzen und der erste wichtige Schritt darin besteht, die konventionellen Waffen zu zerstören. Er setzte hinzu, ihm scheine, dass ein Bemühen um eine allgemeine Abrüstung ein bei weitem weiserer Schritt sein würde.

BEZIEHUNGEN MIT RUSSLAND

Die Zeit arbeitet für Israel, so versicherte Eshkol. Israels militärische, wirtschaftliche und technische Stärke ist im Wachsen betriffen, und seine Beziehungen mit anderen Ländern sind immer zahlreicher und enger. Israel hege auch die Erwartung, seine Beziehungen mit Sowjetrussland zu verbessern. Hier unterliess es Eshkol allerdings nicht, auf die grossangelegte Hilfe hinzuweisen, die Russland den Aegyptern zu ihrer militärischen Bewaffnung leistet. Er hoffe aber, so sagte er, dass Russland „niemals etwas tun wird, um die Aggression zu ermuntern".

ISRAEL UND DIE ARABER

Zu den neuen Waffenabkommen zwischen England, den Vereinigten Staaten und Saudi Arabien, welche Lieferungen utramoderner Waffen im Wert von 400 Millionen Dollar an die Sauditer vorsehen, äusserte Eshkol, Israel betrachte die Bemühungen der Araber, mehr Waffen zu erhalten, mit stetiger Besorgnis, doch werde es immer alles in seiner Macht Liegende tun, um das Rüstungsgleichgewicht aufrecht zu erhalten, da dies „die einzige Garantie für Israels Sicherheit bietet". Gleichzeitig sei Israel jedoch bemüht, Sorge zu tragen, dass seine Massnahmen zur Verteidigung nicht seine Oekonomie benachteiligen, denn nur ein militärisch wie wirtschaftlich starkes Israel könne eines Tages bessere Beziehungen mit seinen arabischen Nachbarn aufnehmen.

Die Frage, ob die arabisch-israelischen Beziehungen sich bessern würden, wenn die arabischen Bürger Israels auf gleicher Stufe mit der jüdischen Mehrheit stehen würden, beantwortete Eshkol mit der Feststellung, dass die israelischen Araber Staatsbürger sind, an Industrie und Handel teilhaben und ihre Vertreter in das Parlament entsenden. Seiner Ansicht nach, fuhr er fort, sei das Problem eher psychologisch als politisch und ein arabisch - israelischer Frieden würde zur Verbesserung der Stimmung beitragen. Er kündigte an, dass seine Regierung erhebliche Aenderungen zugunsten der arabischen Minorität durchführen werde und bis Ende nächsten Jahdes die Militärverwaltung, unter der heute einige israelische Araber leben, abgeschafft werden wird.

Das Judentum, so schloss Eshkol seine Erklärungen, ist sowohl eine Religion als auch eine Nationalität. Daher müssten die Araber sich in Israel ebenso zuhause fühlen wie dies ein Jude in Frankreich tut. (ITA)

Hilfe für Brasilien

Tel Aviv. — Für die unglücklichen Opfer der Naturkatastrophe in Brasilien spendete der Magen David Adom dreihundert Einheiten von Plasma und Bluttransfusions - Apparate, die mit einem Flugzeug der EL AL an ihren Bestimmungsort transportiert wurden. (ITA)

Einwanderer wechseln Beruf

Tel Aviv. — Das Statistische Amt gab interessante Einzelheiten über die Eingliederung von Immigranten bekannt. Nach Ankunft im Lande haben 44 Prozent der Neuankömmlinge den Beruf gewechselt. Von den früheren Kaufleuten, Vertretern oder Handelsangestellten sind 76 Prozent auf anderen Gebieten in Israel tätig. Unter den Akademikern üben etwa 66 Prozent weiter ihren Beruf aus, während die übrigen sich neue Existenzen in der Landwirtschaft, im Bauwesen oder Handel gegründet haben. (ITA)

Blick in die Welt

von HAROLD SCHWARCZ

HAROLD ROBERT PERRY, Sohn eines Fabrikarbeiters, ist der erste schwarze Bischof in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. —

RIO DE JANEIRO wurde von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht, durch das die Elendsquartiere besonders schwer getroffen worden sind. —

DAS ROTE CHINA erhob scharfe Anklagen gegen die Sowjetunion, die mit dem amerikanischen Präsidenten Johnson in Vietnam gemeinsame Sache machen würde. —

GEGEN DEN PAKT, der von Pakistan mit Indien in Taschkent unterschrieben worden ist, demonstrierten Studenten in Lahore. —

KLU KLUX KLAN soll, wie jetzt mitgeteilt wurde, ein Attentat gegen das Leben der Frau des amerikanischen Präsidenten geplant haben. —

DER SULTAN von Kuweit verzichtete freiwillig auf eine Jahreseinnahme von 5,6 Millionen Dollar zugunsten des Staates; es verbleiben ihm noch 22,4 Millionen Dollar jährlich... —

SCHRIFTSTELLER in Haft ist keine Seltenheit in der Sowjetunion, wo Andrei Sinyavsky und Yuli Daniel seit Oktober in Ungnade gefallen sind. —

SCHRECKLICHE Zustände müssen in der Dominikanischen Republik herrschen, wo es täglich zu schweren Zusammenstössen zwischen den streitenden Parteien kommt. —

BLUTIGE KAEMPFE zwischen Kurden und irakischen Truppen werden von der persischen Grenze gemeldet. —

ZU NEUEN KONFLIKTEN kommt es laufend in Indonesien, wo das Militär offensichtlich mit dem Präsidenten Sokarno unzufrieden ist. —

PAPST PAUL VI. war über die Haltung der polnischen Regierung enttäuscht, die dem Kardinal Wyszynyki die Reise nach Rom nicht gestattet hat. —

DER STREIK der Transportarbeiter in New York, der dem Lande schweren Schaden zugefügt hat, ist in der vorigen Woche beendet worden. —

INDONESISCHE Behörden haben amerikanische Journalisten ausgewiesen. —

KUBA KLAGTE die roten Chinesen auf der kommunistischen Konferenz in Habanna an, Wirtschaftssanktionen ergriffen zu haben. —

MIT GROSSEN Feierlichkeiten wurde die Verbrennung der Leiche des unter tragischen Umständen verstorbenen indischen Ministerpräsidenten in New Delhi vorgenommen. —

NGUYEN XUAN, nordvietnamesischer Botschafter in Kairo, verhandelte mit dem ägyptischen Staatssekretär über das nordamerikanische Friedensangebot, während gleichzeitig die Chinesen die Initiative Johnsons als eine Herausforderung bezeichneten. —

GULZARILAL NANDA, alter Politiker, Revolutionär, bisheriger Innenminister Indiens, wurde zunächst zum Nachfolger Shastris ernannt. —

DIE KOLUMBIANISCHE Armee entdeckte mehrere geheime Waffenlager der Rebellen in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt des Landes. —

Fleischkonsum in Israel

Tel Aviv. — In den letzten zwei Jahren ist der Fleischkonsum in Israel um 50 Prozent gestiegen, wie das Akkerbauministerium mitteilt. Obwohl das Fleisch sehr teuer ist, steht es an erster Stelle auf dem Speisezettel der Israelis, was als Zeichen für die Hebung des Lebensniveaus der Bevölkerung zu werten ist. (ITA)

50jaehriges Jubilaeum

New York. — Der Verband jiddischer Schriftsteller in USA feierte im Statler Hilton Hotel sein 50jähriges Jubiläum. In Vertretung des Israel-Botschafters wohnte der israelische Generalkonsul Abraham Avidor der Veranstaltung bei. Aehnliche Verbände in Israel, Argentinien und anderen Ländern sandten Glückwünsche. (ITA)

Rabb. Dr. Louis Blumenthal s. A.

(Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages)

Nicht immer sind es die sprachgewaltigen Redner und besonders gelehrten Rabbiner, deren Wirken im Gedächtnis der Gemeindemitglieder fortlebt. Oftmals ist es die schlichte, aus vollem Herzen kommende und zu den Herzen sprechende Kanzelrede, die vielfältige Kleinarbeit in der Schule, in der sozialen Betätigung, in der praktischen Seelsorge, die unvergessen sind bei denen, welche diese Tätigkeit aus nächster Nähe beobachten durften. In diese Kategorie des liberalen Rabbiners gehört Dr. Louis Blumenthal, dessen 100. Geburtstag auf den 2. Februar fällt, und der von 1900 bis 1935 als Gemeinderabbiner zu Berlin segensreich gewirkt, nachdem er in den neunziger Jahren die Rabbinate von Frankfurt an der Oder und Danzig betreut hatte.

Louis Blumenthal stammte aus Samotschin (Prov. Posen) und studierte zu Berlin an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums und an der Universität. Als er, 35jährig, nach Berlin berufen wurde, bot sich ihm ein weites Betätigungsfeld in der damals stark anwachsenden Gemeinde. Er übernahm die Leitung der II. Religionsschule der Gemeinde in der Lindenstrasse, in einem Stadtbezirk, in dem vor 1914 noch viele unserer Menschen wohnten. Die Kanzel dieser Synagoge und diejenige in der Oranienburgerstrasse (Neue Synagoge) wurden ab 1918 ausschliesslich die Stätten seiner bedeutenden Predigertätigkeit. Sein kräftiges Organ, die Einfachheit und Klarheit seines Vortrags und die innere Aufrichtigkeit, die aus jeder seiner Reden herausklang, verschafften ihm viel Dank und Anerkennung. Er wollte niemals mitreissen, aber stets überzeugen, und sein tiefes Verständnis für religiöse Tradition bewahrte ihn vor einem Abgleiten ins radikale Fahrwasser. Gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin, die sich stets der Ferienkolonien der Gemeinde besonders angenommen hatte, hat Dr. Blumenthal eine umfangreiche soziale, humane, seelsorgerische Tätigkeit ausgeübt und ist zahlreichen Familien ein Berater und Freund gewesen. Als langjähriger Vorsitzender der „Vereinigung der liberalen Rabbiner Deutschlands" diente er mit grossem Eifer den Berufsinteressen seines Standes.

69jährig, trat er aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand, um nun eine schwere Zeit mitzuerleben. Nicht mehr willens auszuwandern, musste er das traurige Schicksal der Deportation nach Theresienstadt erleiden, wo das Ehepaar 1942 oder 1943 zugrundeging. Sein Sohn, Rechtsanwalt Dr. Julius Blumenthal, Mitarbeiter des Berliner Gemeindeblattes, wurde als einer der acht Geiseln am 8. Dezember 1942 von der Gestapo ermordet als „Ersatz" für zur Deportation eingeteilte, aber geflohene Gemeindeangestellte.

Dem Schreiber dieser Zeilen, dessen Familienkreis mit Rabbiner Dr. Blumenthal freundschaftlich verbunden war, ist nicht bekannt, ob noch Angehörige seines Hauses am Leben sind. Doch Mitglieder seiner einstigen Gemeinde Berlin werden dieses Rabbiners stets dankbar gedenken.

Curt Wilk

Dr. KURT BALL-KADURI 70 JAHRE

Wenn Freunde in allen Teilen der Welt in diesen Tagen des 70. Geburtstages von Dr. Kurt Jakob Ball(-Kaduri) gedenken, dann tun sie dies besonders gern. Auch unseren Lesern ist der Jubilar wohlbekannt, da die Jüdische Wochenschau wiederholt Beiträge von ihm veröffentlicht hat.

Dr. Ball verlebte die Jahre bis zu seiner Auswanderung und Alija in seiner Geburtsstadt Berlin. Nach seinem juristischen Studium spezialisierte er sich auf Steuerrecht, war bis 1927 im Reichsfinanzministerium, bis 1932 asl Privatdozent und Rechtsanwalt (Mitglied des Vorstands der Anwaltskammer Berlin) tätig. Als Steuerreferent der Reichsvertretung der Juden in Deutschlan (1936 bis 1938) konnte er erfolgreich Versuche des Reichsfinanzministeriums, die jüdischen Organisationen durch steuerliche Massnahmen zu vernichten, abwehren. 1938 wurde auch er inhaftiert, konnte aber noch vor Jahresende nach Israel auswandern.

In dem alt-neuen Heimatland übte er eine Reihe von Berufen aus und sammelte von 1944 an über 100 Berichte aus dem jüdischen Erleben und der Naziverfolgung. Das Ergebnis, die Sammlung „Was nicht in den Archiven steht", ist heute unter dem Namen „Sammlung Ball-Kaduri" Bestandteilt des Archivs des Jad Waschem. Er setzt auch heute noch seine wissenschaftliche Tätigkeit fort, wobei er sich auf die Geschichte des deutschen Judentums von 1933—1945 konzentriert.

Meine innigstgeliebte Gattin, meine herzensgute Mutter, Frau

THEA RATH geb. PRESSNER

ist für immer von uns gegangen.

In tiefer Trauer:

ABRAHAM RATH, Gatte
MIGUEL RATH, Sohn
SIGMAR PRESSNER und Frau
RUTH geb. KOHN
JULIO STIEFEL und Frau
LIDIA geb. PRESSNER
SILVIA STIEFEL
RUTH und GERDA PRESSNER (Israel)

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Santa Rosa 1651, Florida.

In den
EHRENLISTEN
der
EINHEITSKAMPAGNE
darf kein Jude fehlen
ZAHLT SOFORT!

COMITE CENTROEUROPEO
DE LA CAMPAÑA UNIDA (Keren Hajessod)
Sarmiento 2376, III. — T. E. 47-3820

Correo Argentino Central B
FRANQUEO PAGADO
Concesión 908
TARIFA REDUCIDA
Concesión 1629

SEMANA ISRAELITA

Año XXVII. BUENOS AIRES, VIERNES 21 DE ENERO DE 1966 Nº 2152

EL EJEMPLAR en toda la República 15.-

PUEYRREDON 2190 1º izq.
T.E. 83 - 2613
Buenos Aires

Die Stabilisierung der Lage

von B. B. SAMUEL

Nach langen Beratungen und Verhandlungen mit den Parteien ist es dem bisherigen Ministerpräsidenten Israels, Levi Eshkol, gelungen, eine Regierung zu bilden, die mit einer grossen Mehrheit im Parlament rechnen kann. Die Erklärungen, die Eshkol in der Knesset und einigen grossen Zeitungen abgab, geben nur geringe Anhaltspunkte für die Kommentare, die von übereifrigen Kritikern gemacht worden sind. Manche meinen, dass Eshkol „eigentlich nichts Neues" gesagt habe. Ob hierin ein Lob oder Tadel gefunden wird, bleibt dahingestellt. Es ist nur ein Beweis für die stabile und sichere Führung der israelischen Regierungsgeschäfte, wenn die alte Linie, die zum Aufbau und zur Sicherung des Erreichten führte, beibehalten wird.

Es ist interessant, dass der Wechsel im Aussenministerium Veranlassung zu Aeusserungen gegeben hat, die ebenfalls einen rein spekulativen Charakter tragen. An die Stelle der langjährigen Aussenministerin Golda Meir ist Abba Eban getreten, der viele Jahre hindurch Israel mit besonders grossem Erfolg vor den UN vertreten hat, seit einiger Zeit jedoch als zweiter Aussenminister betrachtet werden konnte. Mit dem Konflikt zwischen Eshkol und Ben Gurion dürfte dieser Ministerwechsel nichts zu tun haben. Denn Frau Meir blieb trotz der Differenzen bis jetzt im Kabinett. Im übrigen betrafen diese Auseinandersetzungen kein Problem aussenpolitischen Charakters.

Gerade durch die Persönlichkeit Golda Meirs kam die Kontinuität der israelischen Aussenpolitik seit der Gründung des Staates zum Ausdruck, seit dessen Anfängen Abba Eban, der heutige Aussenminister, einen der wichtigsten Posten im auswärtigen Dienst innehatte.

Hierin liegt die Stärke des jungen Staates, dass er eine klare aussenpolitische Linie verfolgt. Leider ist ihm der Rahmen seiner Handlungen durch die unerbittliche arabische Feindschaft in einem gewissen Sinne vorgeschrieben. Das Land kämpft entschlossen um seinen Frieden. Alle Kabinette, standen sie nun unter Führung Ben Gurions, Sharetts oder Eshkols, haben sich um diesen Frieden bemüht. Alle waren weitgehend von den Machtverhältnissen abhängig, die gerade der allgemeinen internationalen Politik ihr Gepräge gegeben haben.

Die israelische Aussenpolitik stand und steht im Zeichen zweier Problemkreise: die arabische Feindschaft und der Kampf um die Vorherrschaft zwischen der freien Welt und den Kommunisten. In einer Sternstunde der Menschheit kooperierten diese beiden Machtkolosse. In diesem Intervall der Kämpfe um die Hegemonie wurde Israel geboren. Truman und Stalin beeilten sich, den jüdischen Staat, dessen Namen man noch nicht kannte, anzuerkennen. Aus dem Stadium prophetischer Schöpfung trat der Staat in die Etappe der Realisierung. Ben Gurion gab seinen Posten an den langjährigen Aussenminister Sharett ab, einen Mann, dessen Genialität bereits Weizmann hervorgehoben hatte, obwohl Israels erster Präsident mit dem Lob für andere sehr zurückhaltend war. Dann kam der Visionär Ben Gurion zurück. Er wich dem Praktiker Eshkol, dem nüchternen Rechner, dem kühlen Denker, dem das Volk sein Vertrauen aussprach, nachdem Israel aus der Etappe genialer Intuitionen zur langsamen Verwirklichung übergegangen war.

Ben Gurion konnte noch über Eisenhower triumphieren, als er sich dem Diktat des Foster Dulles nicht beugte. Eshkol muss bereits versuchen, einen gangbaren Weg und ein tragbare Lösung für die aktuellen Schwierigkeiten zu suchen. Er wird ihn finden. Abba Eban ist hierfür der rechte Mann am rechten Platz. Denn die wesentliche Auseinandersetzung der israelischen Aussenpolitik muss heute mit den USA erfolgen, die immer wieder dem Irrtum verfallen, den Aegypter Nasser mit Konzessionen gewinnen zu wollen. Die alte Dulles-Linie dient auch Dean Rusk als Richtschnur, sicherlich ebenso erfolglos wie bisher. Diktatoren haben noch niemals Verträge oder Versprechungen eingehalten, weil sie selbst dem Gesetz des Augenblicks gehorchen müssen, wenn sie an der Macht bleiben wollen.

Die ständigen Prozesse, die Kairo gegen „Hochverräter" zu führen gezwungen ist, beweisen die Unsicherheit des Systems, das jeden Tag stürzen kann, wenn einmal eine solche Rebellion oder ein Attentat gelingen sollte. Noch nicht einmal die Russen, die Geschäfte mit Nasser bevorzugen, haben den Hebel in der Hand, um ihn zu beseitigen. Vielmehr könnten die Amerikaner den entscheidenden Schritt zum Sturz Nassers unternehmen, aber sie helfen ihm, an der Macht zu bleiben. Aus jeder ernsten Krise wurde Nasser bisher von den amerikanischen Machthabern gerettet, die zu beschimpfen er keine Gelegenheit ausliess.

Nach der versöhnlichen Rede Eshkols hätten die Amerikaner die Möglichkeit gehabt, einen Ausgleich im Mittleren Osten zu finden. Aber das Weisse Haus zögert. Das wäre ein Anlass für Israel, den ernsten Versuch zu unternehmen, die Beziehungen zur Sowjetunion und den Ostblock-Ländern zu verbessern. Die Gelegenheit ist gegeben. Die einseitige Orientierung der israelischen Politik einer Anlehnung an den Westen hat nicht die gewünschten Ergebnisse herbeigeführt. Gewiss verfügt Israel nicht über die Möglichkeiten Aegyptens. Aber die israelische Wirklichkeit ist stärker als die irgendeines arabischen Landes. Warum zögert Israel?

Ost wie West haben zur Kenntnis genommen, dass Israel ein demokratisch regiertes Land ist, dessen Lage sich ständig stabilisiert. Diese Ttasache zu übersehen, können sich heute weder Washington noch Moskau leisten...

ARGENTINISCHE PARLAMENTARIER

Jerusalem. — Die parlamentarische Delegation aus Argentinien, die einer Sitzung in der Knesset beiwohnte, wurde vom Präsidenten der Knesset, Kadisch Luz, wärmstens begrüsst. Die Delegation, die am Vortag in Israel angekommen war, besteht aus fünf argentinischen Senatoren und fünf Deputierten und stattet Israel einen achttägigen Besuch ab, um die Bande der Freundschaft zwischen beiden Ländern noch enger zu gestalten.

Kadisch Luz hob in seiner Rede hervor, dass Argentinien vor 80 Jahren seine Tore den jüdischen Immigranten öffnete, die vor den Verfolgungen in Europa flohen und von denen sich 500.000 in Argentinien niederliessen. —

Am gleichen Tage wurden die Delegierten vom Bürgermeister Jerusalems empfangen. Sie besuchten Museen und schliesslich den Zionsberg mit dem Dominikanerkloster, das die Stätte des Letzten Abendmahls birgt.

Der Chef der Lateinamerikanischen Abteilung des Aussenministeriums, Botschafter Arie Eshel, veranstaltete einen Empfang für die argentinischen Parlamentarier, und das israelisch-iberoamerikanische Kulturinstitut lud sie zu einem Bankett ein.

Mit doppelten Masstaeben

von ARIE ASHKENAS

Die letzten Meldungen über die Pläne und Aktionen des Klu Klux Klan können nur noch als erschreckend angesehen werden. Das Land, von dessen Haltung das Schicksal der freien und damit auch die Zukunft der ganzen Welt abhängt, fällt immer mehr in Widersprüche und verhängnisvolle Verstrickungen, die den Weg zu einem besseren Leben der Völker erschweren. Geheimorganisationen sind nicht selten; sie allein bieten noch keinen Grund zur Aufregung. Die Tatsache jedoch, dass diese Geheimroganisation ganz offen ihre Aktionen ausführen, ihre Pläne schmieden und ihre Drohungen ausstossen kann, ist beunruhigend. Ebenso bedenklich ist es, dass sogar Mordtaten ungesühnt bleiben, obwohl die Tatbestände geklärt worden sind.

Das geht alles schon so weit, dass die Untersuchungsbeauftragten des Amerikanischen Kongresses offiziell mitteilten, dass Klu Klux Klan die Beseitigung der Gattin des Präsidenten Johnson bis in alle Einzelheiten vorbereitet hatte. Aber die ‚Geheim-Organisation' besteht immer noch, weil ihr Einfluss ganz deutlich weiter reicht, als die meisten Aussenstehenden dies vermuten. —

Eine weitere Schwäche zeigt sich im Widerspruch zwischen der proklamierten Gleichberechtigung und der Behandlung der Schwarzen. Dieses Problem kann hier nicht in seiner ganzen Tragik behandelt werden. Dass auch der Klu Klux Klan dabei eine unglückselige Rolle spielt, ist bekannt, offenbart aber nur noch deutlicher die Diskrepanz zwischen verkündeten Idealen und ihrer Nicht-Realisierung. Damit wird das Vertrauen in den Wert eines amerikanischen Gesetzes oder des Wortes amerikanischer Staatsmänner nicht gesteigert.

Die traurige Rolle, die von den USA im Vietnam-Konflikt gespielt wird, hat verschiedene Beurteilungen und Kritiken gefunden. Das amerikanische Volk ist mit diesem Krieg durchaus nicht einverstanden, obwohl es die Motive der amerikanischen Intervention verstehen mag. Gibt es nicht andere Möglichkeiten, um das Vordringen der Kommunisten in Asien zu verhindern?, fragen die Amerikaner.

Auch die Waffenlieferungen Washingtons an die Aegypter haben nicht nur in Israel, sondern in den USA Missbehagen hervorgerufen. Das sind die richtigen Methoden, um den Frieden in einem Gebiet zu sichern, das nichts dringender als die Herstellung normaler Lebensbedingungen für seine verschiedenen Bevölkerungen benötigt? — Aus welchen Gründen liefern die Amerikaner Waffen gerade an Aegypten, dessen Diktator nicht müde wird, mit Kriegsaktionen zu drohen, mit Ueberfällen auf andere arabische Staaten, z. B. auf den Yemen, und vor allem auf Israel? — Wer kann Vertrauen zu einem Lande haben, das Frieden predigt, aber unbestritten denen Hilfe leistet, die Kriege führen oder führen wollen? —

Dr. ILLIA AN SHAZAR

Jerusalem. — Eine persönliche Botschaft des argentinischen Präsidenten Dr Arturo Illia, wurde dem Präsidenten Israels Salman Shazar durch den Deputierten Isidro Fernández Nuñez überreicht, der sich als Mitglied einer Delegation argentinischer Parlamentarier zu einem achttägigen Besuch in Israel aufhält.

Fernández Nuñez sprach den Dank seiner Regierung aus, dass Israels Präsident die Einladung angenommen hat, an den Feiern zum 150 Jahrestag der argentinischen Unabhängigkeit im kommenden Juli teilzunehmen.

Die Mitglieder der Delegation, fünf Senatoren und fünf Deputierte, besuchten Aussenminister Abba Eban und nahmen danach an einem Bankett teil, welches Knesset-Präsident Kadisch Luz für sie veranstaltete. Am Nachmittag des gleichen Tages stellte Senator Juan Aguirre Lanari, der die Delegation anführt, in einer Pressekonferenz die übrigen Delegationsmitglieder vor, die sich zu dem Beitrag beglückwünschten, den argentinische Auswanderer zum Aufbau Israels leisten.

Statistik der Wirtschaft

Jerusalem. — Die Steigerung des israelischen Privatkonsums pro Kopf ist im Jahre 1965 um 4 Prozent im Vergleich mit einer Erhöhung von 6 Prozent im Jahre zuvor angegeben. Das nationale Bruttoprodukt wuchs um 9 Prozent während des letzten Jahres im Vergleich zu 10 Prozent im Jahre 1964.

Die israelischen Exporte während des Jahres 1965 betrugen insgesamt 432 Mio Dollar gegenüber 372 Mio Dollar im Vorjahr, d. i. laut Ziffern des Statistischen Zentralamts um 16 Prozent mehr. Die industriellen Exporte stiegen um 13 Prozent und die Zitrusausfuhr um 34 Prozent. (ITA)

Neue Einwanderung in USA

Nachdem das nach McCarran-Walter bekannte Quotengesetz im Jahre 1924 angenommen worden war, sank die jüdische Einwanderung beträchtlich. So sind in den Jahren 1924 bis 1933 nur 128.494 Juden in USA eingewandert, nachdem seit 1914 jedes Jahr Hunderttausende gekommen waren. Im Jahre 1933 waren es nur 2.372 Juden, die ein Visum erhielten. Mit der Hitlerperiode trat ein Umschwung ein. Von 1933 bis 1945 konnten 174.300 Juden die Vereinigten Staaten erreichen. Von 1946 bis 1964 waren es 168.200, die meist von den jüdischen Organisationen Hilfe zur Einordnung erhielten. Nach einer Umfrage in 57 Städten ergab sich, dass diese Einwanderer durchschnittlich 4,5 Monate benötigen, um sich selbst erhalten zu können. Die meisten Einwanderer sprachen nach einem Jahr fliessend Englisch. Etwa 98 Prozent erhielten das amerikanische Bürgerrecht, sobald die Voraussetzungen dafür vorlagen. Ein äusserst grosser Teil der Kinder der Einwanderer besuchte Mittelschulen, und ein erheblicher Teil ging dann an die Hochschulen.

Das alte Quotengesetz für die Einwanderung war 41 Jahre in Kraft. Präsident Johnson meinte bei der Unterzeichnung des neuen Gesetzes, dieses mache ein Unrecht wieder gut. Das bisherige Gesetz bedeutete eine starke Ungerechtigkeit und sei ein Verstoss gegen die Prinzipien der Demokratie, erklärte er. Die Unterzeichnung erfolgte bei der Freiheitsstatue im Hafen von New York, dem Symbol der amerikanischen Freiheit. Viele Millionen von Einwanderern haben sie bei der Einfahrt nach New York erblickt, und nicht weit von ihr befindet sich die „Träneninsel", wo man die Zoll- und Passkontrolle passieren musste, bevor man endgültig den Fuss auf das Land der unbegrenzten Möglichkeiten stellen konnte.

Wäre das Quotengesetz nie erlassen oder schon früher aufgehoben worden, so hätten Hunderttausende von Juden aus Polen, Litauen und anderen Staaten Osteuropas gerettet werden können; sie wären wohl noch heute unter den Lebenden. Die traurige Wirklichkeit für die Juden ist es, dass das Gesetz 30 Jahre zu spät revidiert wurde. Sicher wird es noch einer Anzahl von Juden helfen, die Tore Amerikas zu erreichen, aber die grosse Menge, für die es hätte Bedeutung haben können, lebt nicht mehr. Als man sie noch retten konnte, verschloss das alte Quotengesetz die Tore.

Im Vergleich zu den Hunderttausenden, die hätten kommen können, ist die Zahl der neuen jüdischen Einwanderer gering. Alle Anstrengungen in den Vorkriegsjahren, eine Revision der Quoten zu erreichen, waren umsonst gewesen. Viele Juden aus Polen, Rumänien, Oesterreich und der Tschechoslowakei hatten Verwandte in Amerika, die tatenlos zusehen mussten, wie der Untergang in Europa kam. Es war aber noch schlimmer, als bereits in Amerika angekommene Schiffe zurück in die Hölle fahren mussten. Nur für eine kleine Anzahl waren persönliche Anstrengungen in Washington von Erfolg begleitet. In Europa gibt es noch ein Land mit fast drei Millionen Juden, von denen nicht wenige nach Amerika fahren möchten, aber sie haben keine Pässe, und nur etwa 50 können jährlich auswandern.

Das neue Einwanderungsgesetz bedeutet einen grossen Fortschritt; für viele Tausende aus verschiedenen Ländern und Kontinenten bedeutet es ein neues Leben, aber für Hunderttausende von Juden kam es zu spät...

Die Hias trifft bereits Vorsorge für diejenigen Juden, die in diesem Jahr und dann, wenn die Uebergangsperiode im Juni 1968 beendet ist, in noch grösserer Zahl in Amerika eintreffen werden. Zunächst geht es um die Aufnahme von Juden aus Kuba, die nach der Vereinbarung mit Castro auswandern können. In Kuba gib es noch 2.500 Juden, zumeist in der Hauptstadt Havanna; es ist aber jetzt noch nicht bekannt, wie viele von der Möglichkeit der Auswanderung Gebrauch machen werden.

Impreso en la Imprenta POLIGLOTA — Rivadavia 831

Registro de la Propiedad Intelectual Nº 868.707